

3/1999

Signal der Einheit

Als Ausdruck des „Selbstwertgefühls“ der Menschen in den neuen Ländern versteht ihre Bewerbung die von der Union als Kandidatin für die Wahl zum Bundespräsidenten vorgeschlagene Dagmar Schipanski. Die Ostdeutschen wollen sich auf diesem Weg in den weiteren Einigungsprozeß einbringen, erklärte die 55jährige Professorin aus Thüringen bei ihrer Vorstellung am 25. Januar vor der Pressekonferenz in Bonn.

Frau Schipanski bezeichnete sich als „parteiungebundene, aber politisch engagierte Wissenschaftlerin“. Ihre Nominierung signalisiere auch, daß ein gesellschaftliches Engagement ohne Parteibuch Anerkennung finde.

Fortsetzung auf Seite 3



**Dagmar Schipanski
kandidiert für
das Amt des
Bundespräsidenten**

Foto: Ossenbrink

Wolfgang Schäuble: Kandidatin des Miteinander

Kurz & gut

Gelebte Freundschaft

Zum Ende des Ramadan hat Bundespräsident Roman Herzog den Muslimen in Deutschland Grüße übermittelt und für Toleranz in der Gesellschaft plädiert: „Gelebte Freundschaft zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser Auffassungen ist aktive Toleranz, wie sie für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft wie die unsere unverzichtbar ist.“

Beitrag zur Neuorientierung

Daß der unverzichtbare Beitrag der Kirchen auch in der politischen Diskussion noch stärker zur Geltung gebracht wird, erwartet der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik, von dem geplanten ersten ökumenischen Kirchentag der beiden großen christlichen Kirchen im Jahr 2003: „Ich verspreche mir davon eine sinnstiftende Wirkung nicht nur innerkirchlich, sondern auch in Bezug auf eine geistige Neuorientierung unserer Gesellschaft.“

Eine Schlußbilanz, die sich sehen läßt

„Einzig und allein auf die von der Regierung Kohl verfolgte solide Haushaltspolitik ist der erfreuliche Haushaltsabschluß 1998 zurückzuführen“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und verwies auf den mit 12,1 Prozent seit Jahrzehnten nicht erreichten Tiefstand des Anteils der Bundesausgaben (456,9 Milliarden Mark) am Bruttoinlandsprodukt.

BVG-Urteil erzwingt neues Steuerreformkonzept

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern den steu-

ermindernden Abzug von Kinderbetreuungskosten und den Haushaltsfreibetrag zuzuerkennen. Familien mit Kindern steht damit ab sofort ein we-

sentlich höherer Anteil des Einkommens steuerfrei zur Verfügung als bisher. Bund, Länder und Gemeinden müssen allerdings mit erheblichen Steuer-

ausfällen rechnen. – Friedrich Merz, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion: „Wir fordern die Bundesregierung auf, auf der Grundlage der

Karlsruher Entscheidung eine überarbeitete Finanzplanung für die Jahre ab 1999 vorzulegen und ein völlig neues Steuerreformkonzept darauf aufzubauen.“

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
3**

Ja zur Integration! Dafür brauchen wir Menschen, die auf andere zugehen, sie annehmen und ihnen das Gefühl vermitteln, daß sie bei uns zu Hause sind.

CDU-Generalsekretärin
Angela Merkel

Weder einseitige Assimilation noch unverbundenes Nebeneinander

Mit großer Mehrheit bei nur 12 Gegenstimmen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. Januar Eckpunkte für ein Integrationskonzept, für ein Konzept der Zuzugsbegrenzung und für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Zu diesen drei Säulen des ausländerpolitischen Konzepts „Integration und Toleranz“ der Union erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers:

● **Integration** ist für die Union weder einseitige Assimilation noch unverbundenes Nebeneinander von Parallelgesellschaften. Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders. Die Eckpunkte für ein Integrationskonzept enthalten Vorschläge zu den Bereichen Sprache, Familie, Schule und Bildung, Arbeit und Ausbildungsplätze, Mittelstand und Selbständigkeit, Sicherheit und Polizei, Landesverwaltung und Kommunen, Bundeswehr und Zivildienst, Vereine und Parteien, Kultur und Religion sowie Medien und Öffentlichkeit.

● **Vernünftige Ausländerpolitik** kann nur in der Balance zwischen Integration und Zuzugsbegrenzung gelingen. Wer für Integration ist, muß zugleich auch für Zuzugsbegrenzung sein. Wir wollen deshalb u.a. die Wiederkehrproption des § 16 Ausländergesetz enger fassen und das Nach-

zugsalter für Kinder von derzeit 16 Jahren absenken. Wir sind gegen eine Ausweitung des Ehegattenprivilegs; auch sehen wir keinen Grund, erneut eine umfassende „Altfallregelung“ einzuführen. Visaerschleichung muß künftig wirksamer verhindert werden. Mit einer Wartezeit kann illegaler Einreise und Schleuserkriminalität vorgebeugt werden.

● **Wir wollen eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**, die den Ausländern, die sich in die deutschen Lebensverhältnisse eingeordnet haben und die sich auf Dauer für Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt entscheiden, die Einbürgerung erleichtert. Unabdingbar für die Einbürgerung ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

Wir halten am Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit fest. Wer sich einbürgern lassen will, muß sich für die Bundesrepublik Deutschland entscheiden. Ausnahmen vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit sollen wie bisher nur in Betracht kommen, wenn die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder im Einzelfall nicht zumutbar ist.

Wir halten die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit für falsch. Durch sie wird die Integration ausländischer Mitbürger nicht gefördert, sondern erschwert.

Nur Scheinlösungen

Die Vorschläge der neuen Bundesregierung zur Neuregelung der sog. „geringfügigen“ Beschäftigungsverhältnisse sind, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, nur

Scheinlösungen. Trotz anderslautender Versprechen ist die Freigrenze im Januar auf 630 DM angehoben worden. Die Bundesregierung hat damit Anreize zur Aufnahme einer solchen Beschäftigung weiter verstärkt.

Verhöhnung der Opfer

Als Signal zur Verdrängung, wenn nicht sogar zur Glorifizierung der SED-Vergangenheit muß die jetzt auch von Brandenburger Ministerpräsident Stolpe erhobene Forderung verstanden werden, zum 9. Oktober dieses

Jahres einen umfassenden Straferlaß für DDR-Unrecht zu beschließen. Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die gebotene Versöhnung kann nur zwischen Tätern und Opfern stattfinden.“

Dagmar Schipanski kandidiert für das Amt des Bundespräsidenten

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland brauche eine umfassende Modernisierungsoffensive, betonte die Kandidatin. Forscherdrang und Mut zum Risiko werden die Zukunft gestalten. Vordringliche Aufgabe in Deutschland bleibe aber die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Dazu müsse ein neues Nachdenken über die Arbeitslosigkeit einsetzen. Dazu gebe es bisher wenig neuartige Lösungen.

Als Bundespräsidentin wolle sie dazu beitragen, innere Risse in der deutschen Gesellschaft zu schließen und gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Ihre Kandidatur sieht Frau Schipanski auch als Anerkennung für die Leistungen von Frauen in Familie und Beruf. Es sei die zentrale Herausforderung der Zeit, bei-
des miteinander zu vereinbaren.

Signal der Einheit

Der Parteivorsitzende und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolf-

gang Schäuble, bezeichnete die Nominierung von Frau Schipanski als „Signal der Einheit“, das die Union an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes richte. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer sei die Zeit reif, eine Frau aus dem Osten in das höchste Staatsamt zu wählen. Die Gegenkandidatin von Johannes Rau sei eine „über Parteigrenzen hinweg hervorragende Repräsentantin unseres Volkes“ und eine „zukunftsorientierte Alternative“ für die Mitglieder der Bundesversammlung.

Wolfgang Schäuble warb bei den ostdeutschen und weiblichen Mitgliedern des Gremiums aus anderen Parteien, Dagmar Schipanski „als Kandidatin des Miteinanders und der gemeinsamen Zukunftsgestaltung“ am 23. Mai ihre Stimme zu geben. Sie habe eine faire Chance verdient.

Auch der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, rief dazu auf, Frau Schipanski Fairneß entgegenzubringen. Die Wissenschaftlerin stehe für Modernität und für ein Stück Aufbruch in Deutschland. ►

HEUTE AKTUELL

● Bundespräsidentenwahl

Dagmar Schipanski: Wir wollen eine gemeinsame Zukunft in einer globalisierten Welt aufbauen Seite 6

● Energiepolitik

Gunnar Uldall: Kompromisse beim Ausstieg aus der Kernenergie dürfen weder zu Lasten der Volkswirtschaft noch der Umwelt gehen Seite 9

● Haushaltsplan '99

Der Bundeshaushalt der Schröder-Regierung: Unsolide und unseriös. Seite 14

● Wohngeldnovelle

Das Wohngeld jetzt, und zwar familiengerecht reformieren. Seite 26

● Hessen

Haushaltssperre verhängt. CDU sieht politischen Offenbarungseid. Seite 30

● Berlin

Der Momper pennt, der Diepen rennt! Generalsekretärin Angela Merkel auf dem Landesparteitag der Berliner CDU. Seite 32

● Dokumentation

Wolfgang Schäuble: Bildung und Erziehung als Grundlage humaner Zukunftsgestaltung. Rede des Parteivorsitzenden auf dem Bildungspolitischen Zukunftsforum der CDU in Frankfurt/Main. Grüner Teil

Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski

Die Präsidien von CDU und CSU haben auf ihrer gemeinsamen Sitzung am 24. Januar Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Die Wahl des bzw. der neuen Bundespräsidenten/-in erfolgt durch die Bundesversammlung am 23. Mai.

Hier einige wesentliche Daten der Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten:

- geboren am 3.9.1943 in Sättelstädt (Thüringen), verheiratet, 2 Töchter, 1 Sohn
- 1962-67 Studium der Angewandten Physik an der TU Magdeburg
- 1976 Promotion auf dem Gebiet der Festkörperelektronik

- 1985 Habilitation auf dem Gebiet der Festkörperelektronik
- 1990 Professorin für Festkörperelektronik
- 1990-93 Dekanin der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik
- 1995/96 Rektorin der TU Ilmenau
- 1995 Berufung in den „Rat für Forschung, Technologie und Innovation“ durch den Bundeskanzler
- 19.1.1996 Wahl zur Vorsitzenden des Wissenschaftsrates
- 1996 Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt

Ihre Botschaft: Zukunft

Generalsekretärin Angela Merkel hat die Nominierung von Dagmar Schipanski als „wichtig und zukunftsweisend“ bezeichnet. Im ZDF-Morgenmagazin sagte sie: „Frau Schipanski ist nicht nur als Professorin renommiert, sie hat sich auch als Vorsitzende des Wissenschaftsrats als Autorität erwiesen.“ Und der wissenschaftliche Bereich spiele eine immer größere Rolle in der Gesellschaft.

Die Unionskandidatin - so die Generalsekretärin - habe eine Botschaft, die Bildung und Zukunft heißt. Die Nominierung einer Ostdeutschen sei Teil der Politik der Union zur deutschen Einheit, und außerdem sei die Kandidatin ein Symbol für viele Menschen, die sich außerhalb der Politik für dieses Land engagieren.

Gute Alternative

Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel sieht in Dagmar Schipanski eine

gute Alternative zu dem von der SPD favorisierten Kandidaten Johannes Rau. Ihre Kandidatur sei „ein neues, zukunftsbezogenes Angebot in das nächste Jahrhundert hinein“ von einer Frau, die sich in wichtigen Funktionen, vor allem als Direktorin einer deutschen Universität und als Präsidentin des Wissenschaftsrats bewährt habe.

Ein großer Gewinn für unser Land

„Seine besondere Freude“ über die Kandidatur hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther, ausgedrückt: „Frau Schipanski tritt als Kandidatin aus den neuen Ländern an. Sie zeigt das große Potential Ostdeutschlands. Nach fast zehn Jahren im wiedervereinigten Deutschland ist die Kandidatur von Dagmar Schipanski allerdings auch der erfreuliche Ausdruck von Normalität.“

Positives Signal

Die Frauen-Union unterstützt die Nominierung von Dagmar Schipanski. Sie genieße als Wissenschaftlerin und Hochschulpolitikerin „höchstes Ansehen in nationalen als auch internationalen Fachkreisen“, erklärte Rita Süßmuth.

Begrüßt hat die Nominierung der ostdeutschen Physikprofessorin auch der Deutsche Frauenrat. Eine „gestandene Frau“ nannte dessen Vorsitzende, Helga Schulz, die Kandidatin. Sie zeige, daß es „verünftige Frauen gebe, denen man ein solches Amt auch zutrauen könne“.

Aufruf zur Wahl

Dagmar Schipanski habe „alles Zeug“ für das Amt einer Bundespräsidentin. In dieser Überzeugung hat die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher dazu aufgerufen, die Wahl der parteilosen Unionskandidatin am 23. Mai zu unterstützen: „Es wird sich zeigen, wie souverän die Wahlmänner und vor allem die Wahlfrauen in der Bundesversammlung ein solches Angebot handhaben werden.“

Mit dem Hinweis darauf, daß das „Grundgesetz von jedem Abgeordneten verlangt, daß er nur seinem Gewissen verpflichtet ist“, forderte Hamm-Brücher die Parteien auf, die Abstimmung in der Bundesversammlung freizugeben.

Pressestimmen

Vorzeigbare Alternative

... die Kandidatin könnte zur Nagelprobe werden für jene am 23. Mai mitwählenden Frauen, die über Partei- oder Lagerraison hinaus das Gewicht der Frauen in Politik und Staat stärken wollen. Den Ostdeutschen in der Bundesversammlung wird eine Alternative geboten, die vorzeigbar ist und dank ihrer untadeligen Haltung noch zu Zeiten der SED-Herrschaft den neuen selbstbewußten Osten repräsentiert.

Westdeutsche Allgemeine

Sie spricht nicht nur über Innovation

Sie hat als evangelische Christin der SED-Diktatur getrotzt und wurde erst nach der Wende Professorin. Sie spricht nicht nur über Innovation, sondern praktiziert hochkomplizierte Physik. Sie ist Mutter und Wissenschafts-Managerin. Allem Anschein nach hat die Unions-Kandidatin für die Wahl des Bundespräsidenten durch Herkunft, Glaubwürdigkeit und intellektuelle Leistungskraft viel zum innerdeutschen Ausgleich und zur oft oberflächlichen Modernisierungsdebatte beizutragen.

Rheinische Post

Konfus, konzeptlos und widersprüchlich

Knapp 100 Tage nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung hat der Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die rot-grüne Koalition insgesamt „als konfus, konzeptlos und widersprüchlich“ kritisiert.

„Gerhard Schröder ist auch als Regierungschef ein Mann, der öffentliche

Auftritte beherrscht, aber er läßt immer noch nicht erkennen, für welche Inhalte er steht.“ Heftige Kritik übte Wolfgang Schäuble vor allem am Kulturbeauftragten der Bundesregierung, Michael Naumann, und an dessen Kompromiß-Vorschlag zum Holocaust-Mahnmal: Das Verfahren sei „der Würde des Objektes nicht angemessen“.

Dagmar Schipanski:

Wir wollen eine gemeinsame Zukunft in einer globalisierten Welt aufbauen

Meine Damen und Herren,

sicher hat Sie meine Nominierung zur Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten durch beide Unionsparteien überrascht. Ich versichere Ihnen: Mich auch! Aber ich bin durch meinen persönlichen und beruflichen Lebensweg gewohnt, mich neuen Aufgaben zu stellen. Die Kandidatur für das höchste Staatsamt unseres Landes ist jedoch von einer solchen Einzigartigkeit, die einen zögern und sich prüfen läßt, ob man dieser Aufgabe gewachsen ist und was man einbringen kann.

Ich habe mich entschlossen, ermutigt durch meine Freunde, vor allem meine Familie, meinen Mann und meine Kinder, die Kandidatur anzunehmen. Ich empfinde mich als ein Teil der Einheit unseres Vaterlandes, und ich sehe in dieser Kandidatur auch einen Ausdruck des Selbstwertgefühls der Menschen aus den neuen Bundesländern, die sich einbringen wollen in das geeinte Deutschland. Wenn wir auch alle aus unterschiedlichen Regionen kommen, so sollte das Bewußtsein, Teil einer geeinten Nation zu sein, im Vordergrund stehen. Wenn ich auch keiner politischen Partei angehöre, so halte ich jedoch die Parteien für unverzichtbar zur Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Aber neben den Parteien gibt es tausende von Organisationen, ohne die unsere Gesellschaft nicht existieren könnte. Auch für dieses Engagement von Bürgerinnen

und Bürgern stehe ich. Ich sehe in meiner Kandidatur auch eine Anerkennung der Leistung von Frauen in Familie und Beruf. Und ich glaube, daß wir noch viel tun müssen, um der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in allen Bereichen des beruflichen und gesellschaftlichen Lebens Geltung zu verschaffen.

Mit meiner Kandidatur möchte ich ein Zeichen setzen für die Zusammengehörigkeit unseres Volkes. Ich bekunde meinen

Professor Dr. Dagmar Schipanski anlässlich ihrer Vorstellung als Kandidatin von CDU und CSU für die Nachfolge von Bundespräsident Roman Herzog am 25. Januar vor der Pressekonferenz in Bonn

tiefen Respekt vor der Integrationsleistung von Bundespräsident Roman Herzog und seines Amtsvorgängers Richard von Weizsäcker. Beide kenne ich aus vielen persönlichen Begegnungen. Wir können uns glücklich schätzen, daß sie in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung an der Spitze unseres Staates standen. Im Falle meiner Wahl würde ich dazu beitragen, die

noch verbliebenen gegenseitigen Vorbehalte der jahrzehntlang getrennt lebenden Menschen in Ost und West abzubauen.

Liberalismus und Toleranz, Verantwortungsbewußtsein und Zivilcourage

Wir brauchen in Deutschland eine neue Wertediskussion. Ich glaube, daß ein wesentlicher Beitrag zur Zukunftsgestaltung unseres Landes im vereinten Europa und in der globalisierten Welt durch das Besinnen auf Grundwerte für unsere Gesellschaft geleistet werden kann.

Welche Werte betrachten wir als grundlegend für das Weiterbestehen der freiheitlich demokratischen Ordnung in Deutschland als Teil der globalisierten Welt? Sind es Liberalismus und Toleranz, Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwohl und Zivilcourage, oder sind es Durchsetzungsvermögen und Egoismus? Wir erwarten von der jungen Generation, daß sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen Deutschlands anerkennt und weiterentwickelt. Sie soll die demokratische Grundordnung als höchstes Gut dieses Landes bewahren und sich der Freiheit und Menschenwürde als oberstes Prinzip in einem Rechtsstaat bewußt sein. Was bedeutet dann für den einzelnen Pflicht und Selbstverpflichtung? Ist er bereit, Solidarität mit sozial Schwachen, mit Ausgegrenzten, mit Gestrauchelten zu üben? Welche Rolle spielen Vernunft, Weisheit oder Klugheit? Sind sie die Richtungsweisenden für unser Handeln, oder lassen wir uns durch Zufall, momentane Empfindungen und Egoismus leiten? Wird Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden geübt oder Haß erzeugt, vielleicht auch nur Gleichgültigkeit akzeptiert?

Wir sollten uns diese Fragen sehr schnell stellen und versuchen, Antworten darauf zu finden. Ich stimme hier mit Gräfin

Dönhoff überein, die in einem Artikel schrieb: „Ohne eine solidaritätschaffende und Orientierung bietende Ethik wird die Gesellschaft auf Dauer nicht bestehen können. Denn jede Gesellschaft braucht Bindungen. Ohne Spielregeln, ohne Traditionen, ohne einen ethischen Minimalkonsens wird unser Gemeinwesen eines Tages so zusammenbrechen wie vor kurzem das sozialistische System.“

Wir haben in den letzten Jahren viel über vertane Chancen im deutschen Einigungsprozeß gesprochen, hier tut sich für uns eine neue Chance auf zur inneren Einigung und zur aktiven Zukunftsgestaltung.

Welche Werte werden von Ost- und Westdeutschen als grundlegend für das Weiterbestehen der freiheitlich demokratischen Ordnung angesehen? Welche Vorstellungen, Ideale und Zweifel resultieren aus 40 Jahren Ideologie in der DDR wirklich, was ist nur „verklärte Erinnerung“ und erweist sich als flüchtig bei näherer Betrachtung? Warum verloren die Werte ihre Bedeutung in der aufstrebenden Wohlstandsgesellschaft der Bundesrepublik?

Über Verlorengegangenes nicht jammern und lamentieren

Diese Diskussionen müßten zwischen Ost und West geführt werden. Sie lassen mit ihrer Fragestellung auch kein Jammern und Lamentieren über Verlorengegangenes zu, sie erfordern statt Nörgelei und Gleichgültigkeit aktives Nachdenken, Streitkultur und Gesprächsbereitschaft. Da beide Seiten ihre Erfahrungen reflektieren müssen, könnte zugleich Verständnis füreinander neu geweckt werden. Ich glaube, daß Mentalitäts- und Charakterunterschiede zwischen alten und neuen Ländern durch Besinnen auf gemeinsame Orientierungen, die sich nicht nur auf ökonomische, ökologische oder wirtschaftliche Fragen beziehen, abgebaut werden können.

Wir wollen eine gemeinsame Zukunft in einer globalisierten Welt aufbauen. Dazu müssen wir uns über Grundwerte verständigen und eine allgemeine, öffentliche Diskussion führen. Für mich spielen im Zeichen der Globalisierung Toleranz, Verantwortungsbewußtsein, Gerechtigkeit und Freiheit des einzelnen eine besondere Rolle. Dies ist wichtig in einer Welt, die durch sich ständig erweiternde technologische Möglichkeiten und die gewachsene Mobilität einzelner gekennzeichnet ist.

Das Amt des Bundespräsidenten steht über den Parteien, und soweit ich die Geschichte der Bundespräsidenten verfolgt habe, ist dieser Grundsatz immer befolgt worden. Deshalb werde ich mich auch als Kandidatin nicht zu allen tagespolitischen Fragen äußern. Und ich gebe offen zu, daß ich auch nicht in allen Fachgebieten zu Hause bin, geschweige denn daß ich schlüssige Rezepte vorlegen könnte. Als Naturwissenschaftlerin bin ich es

gewohnt, rational und offen an neue Fragestellungen heranzugehen. Dafür braucht man den offenen Dialog, und dazu bin ich bereit.

Ich werde die nächsten Monate bis Pfingsten dafür nutzen, mich im politischen und gesellschaftlichen Umfeld vorzustellen, wo es gewünscht wird und mir zeitlich möglich ist. Gleichzeitig muß ich meinen beruflichen und sonstigen Verpflichtungen nachkommen. So werde ich bereits morgen früh wieder an der TH Ilmenau sein.

Natürlich kenne ich auch die parteipolitische Zusammensetzung der Bundesversammlung. Aber gerade für mich aus den neuen Bundesländern ist die politische Alternative ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Und so kandidiere ich mit meinem eigenen Profil und meinen eigenen Erfahrungen. Ich hoffe auf eine offene und faire Diskussion und eine positive Resonanz für meine Kandidatur in der Bundesversammlung am 23. Mai in Berlin.

Überraschungsgast

Überraschung hat die Union mit ihrer Kandidatin für das höchste Staatsamt ausgelöst: Wer ist Dagmar Schipanski? Politiker und Journalisten offenbaren mit dieser Frage, wie fern ihnen die Welt der Wissenschaft liegt, von der in Sonntagsreden ungeniert, aber ahnungslos gesagt wird, sie werde die Zukunft bestimmen. Dagmar Schipanski - das ist ein großer Name, aber nur im Niemandsland zwischen Forschung und Politik. Schon einmal hat man sie aus dem Hut der Anonymität gezaubert, was indes nur einer akademischen Teilöffentlichkeit auffiel: Vor drei Jahren wählte sie der Wissenschaftsrat zu seiner Vorsitzenden. Der Rat, ohne dessen Empfehlung die Bundesregierung

keinen Pfennig für den Ausbau der Hochschulen in den Ländern beisteuert, verblüffte damals sogar die Fachwelt. Die neue Vorsitzende schien allen Modekriterien Rechnung zu tragen. Dagmar Schipanski war die erste Frau, die in Deutschland je an die Spitze einer Wissenschaftsorganisation gewählt worden ist; sie war die erste Persönlichkeit aus Ostdeutschland im höchsten Amt einer gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation, und sie ist eine Pionierin in der Männergesellschaft der Natur- und Technikwissenschaften. Daran hat sich die Union erinnert, als sie nach jemandem suchte, der das Zeug hätte, als erste Frau den Posten im Bundespräsidialamt zu übernehmen.

Frankfurter Allgemeine

CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließt Integrationskonzept

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 19. Januar Eckpunkte für ein Integrationskonzept, für ein Konzept der Zuzugsbegrenzung sowie für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Dazu erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit überwältigender Mehrheit (12 Gegenstimmen) ihr ausländerpolitisches Konzept „Integration und Toleranz“ beschlossen. Es basiert auf den drei Säulen: Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer, Fortsetzung der Politik der Zuzugsbegrenzung sowie Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

1. Integration ist für die Union weder einseitige Assimilation, noch unverbundene Nebeneinander von Parallelgesellschaften. Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinander. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur Notwendigkeit, sondern politische Chance und Ziel unseres Wollens.

Die Eckpunkte für ein Integrationskonzept enthalten Vorschläge zu den Bereichen Sprache, Familie, Schule und Bildung, Arbeit und Ausbildungsplätze, Mittelstand und Selbständigkeit, Sicherheit und Polizei, Landesverwaltung und Kommunen, Bundeswehr und Zivildienst, Vereine und Parteien, Kultur und Religion sowie Medien und Öffentlichkeit.

Dabei stellt die Union u.a. folgende Forderungen auf:

- Ausweitung der Sprachförderung und finanzielle Beteiligung des Bundes;
- Verkürzung der Fristen für Verfestigung des Aufenthaltsstatus, Arbeits- und Gewerbeerlaubnisse und die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen bei Nachweis guter Sprachkenntnisse;
- Förderung ausländischer Kinder in Kindergärten und in der Vorschulzeit;
- schulbegleitende Sprachkurse für ausländische Mütter;
- Neukonzeption des muttersprachlichen Unterrichts mit dem Ziel der besseren Integration in die deutsche Gesellschaft;
- berufsvorbereitende Maßnahmen und Öffnung des starren Arbeitsmarkts durch Spreizung der Lohngruppen;
- Förderung ausländischer Existenzgründungen in Deutschland;
- Mobilisierung des ausländischen Mittelstands für die Lehrlingsausbildung;
- Einstellung von Polizeibeamten ausländischer Herkunft;
- Entgegenwirken der Ghattobildung bei Stadtentwicklungsplanung;
- Integration ausländischer Mitbürger in Vereine, besonders Sportvereine;
- verstärkte Aufnahme von Mitbürgern ausländischer Herkunft in die demokratischen Parteien und Berücksichtigung bei den Wahlvorschlägen der Parteien;
- Herstellung der Voraussetzungen für einen islamischen Religionsunterricht an

den öffentlichen Schulen, der der staatlichen Schulaufsicht unterliegt;

● Berücksichtigung des ausländischen Bevölkerungsanteils in den Sendungen der Rundfunkanstalten.

2. Vernünftige Ausländerpolitik kann nur in der Balance zwischen Integration und Zuzugsbegrenzung gelingen. Wer für Integration ist, muß zugleich auch für Zuzugsbegrenzung sein. Eine höhere Zuwanderung würde die Integrationswilligkeit von vielen Menschen in Deutschland überfordern. Vor allem im Gesetzesvollzug, aber auch durch entsprechende Gesetzesänderungen muß dem deutschen öffentlichen Interesse an Zuzugsbegrenzung stärkere Beachtung gesichert werden. Wir wollen deshalb u.a. die Wiederkehroption des § 16 Ausländergesetz enger fassen und das Nachzugsalter für Kinder von derzeit 16 Jahren absenken. Sachgerecht erscheint eine Altersgrenze von höchstens 10 Jahren (Schulbesuch), nur dann eröffnet sich den jungen Ausländern eine realistische Integrationschance in die hiesige Gesellschaft. Wir sind gegen eine Ausweitung des Ehegattenprivilegs, wie sie Rot-Grün vereinbart haben; auch sehen wir keinen Grund, erneut eine umfassende „Altfallregelung“ einzuführen.

Das Gesetz über das Ausländerzentralregister muß novelliert werden; insbesondere müssen die Informationsmöglichkeiten des Auswärtigen Amtes und seiner Auslandsvertretungen verbessert werden, um Visaerschleichungen wirksamer verhindern zu können. Wir brauchen die Einrichtung einer Warndatei beim Bundesverwaltungsamt, um der illegalen Einreise und Schleuserkriminalität besser vorbeugen zu können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf - Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister und zur Einrichtung einer Warndatei - einbringen.

3. Wir wollen eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die den Ausländern, die sich in die deutschen Lebensverhältnisse eingeordnet haben und die sich auf Dauer für Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt entscheiden, die Einbürgerung erleichtern. Unabdingbar für die Einbürgerung ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Sie ist grundlegende Voraussetzung und Schlüssel für die Integration.

Wir halten am Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit fest. Wer sich einbürgern lassen will, muß sich für die Bundesrepublik Deutschland entscheiden. Ausnahmen vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit sollen wie bisher nur in Betracht kommen, wenn die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder im Einzelfall nicht zumutbar ist. Wir halten die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit für falsch. Durch sie wird die Integration ausländischer Mitbürger nicht gefördert, sondern erschwert.

Das geltende Staatsangehörigkeitsrecht ist insgesamt überarbeitungsbedürftig. Eine bloße Teilreform, wie sie von der Bundesregierung beabsichtigt ist, führt zwangsläufig zu einem unabgestimmten, in sich widersprüchlichen und verwaltungspraktisch kaum vollziehbaren Regelungskonglomerat. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird deshalb einen Gesetzentwurf zur umfassenden Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts und zur Verbesserung der Rechtsstellung der im Bundesgebiet geborenen ausländischen Kinder einbringen.

Wir wollen die Einbürgerung der langfristig in Deutschland lebenden Ausländer dadurch erleichtern, daß sie künftig bereits nach 10 Jahren (bisher: 15 Jahre) einen Einbürgerungsanspruch erhalten sollen. Den hier geborenen Kindern von Ausländern, die seit langem in Deutschland ansässig sind, soll das Hineinwachsen in die

Hände weg von der Gewerbesteuer

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, hat sich scharf gegen eine neue Diskussion über die Städten und Gemeinden verbliebene Gewerbeertragssteuer gewandt.

Die Bundesregierung müsse unverzüglich klarstellen, ob sie diese Gemeindesteuer - wie es Äußerungen der letzten Tage vermuten lassen - im Rahmen der Unternehmenssteuerreform abschaffen wolle. Bis zu einer systematischen Gemeindefinanzreform gelte daher: „Hände weg von der Gewerbesteuer“.

Zum 1. Januar 1998 ist die Gewerbesteuer abgeschafft worden. Die Kommunen haben dafür einen Anteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 2,2 Prozent als Kompensation erhalten. Seither gewährleistet der Artikel 28 des Grundgesetzes deutlicher als je zuvor den Gemeinden eine zukunftsorientierte, mit Hebesatzrecht ausgestattete wirtschaftsbezogene Steuerquelle. Im Grundsatz ist zudem für die Umsatzsteuerverteilung ein orts- und wirtschaftsbezogener Schlüssel festgeschrieben worden. Daran kommt niemand bei einer Unternehmenssteuerreform vorbei.

Die verbliebene Gewerbesteuer hat bundesweit ein Aufkommen von ca. 50 Milliarden Mark. Kompensationen

sind völlig unklar. Bis heute ist die Abschaffung der Gewerbesteuer gesetzlich noch nicht abgewickelt worden. Die interkommunale Verteilungsregelung für den Umsatzsteueranteil ist noch nicht endgültig geklärt. Zur Zeit gilt immer noch eine Übergangsverteilung bis zum Jahre 2002 - mit allen interkommunalen Gerechtigkeitsproblemen. Es macht daher wenig Sinn, Gemeinden und Wirtschaft zu verunsichern.

Diskussion zur Unzeit

Eine rot-grüne Unternehmenssteuerreform, wie sie jetzt zu befürchten ist, bedroht in den Städten und Gemeinden, insbesondere in den Großstädten, die aufgrund ihrer erheblichen Haushaltsdefizite seit Anfang der 90er Jahre zum Großteil sogenannte Haushaltssicherungsstädte sind, alle bisherigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung. Die Städte befinden sich gerade durch eigene Konsolidierungsanstrengungen mühsam auf dem Weg zur Besserung und finanzieren außerdem noch zunehmend Aufgaben von Bund und Ländern. Eine solche Abschaffungsdiskussion der Gewerbesteuer zur Unzeit entzieht diesen Bemühungen jegliche Basis. Was wir brauchen, ist eine starke kommunale Selbstverwaltung mit einer starken Selbstautonomie.

deutsche Staatsangehörigkeit durch eine Einbürgerungszusicherung erleichtert werden. Über die Einbürgerungszusicherung ergeben sich weitreichende Möglichkeiten, die Integrationschance von Ausländerkindern zu verbessern. Ihnen werden deutsche Kinderausweise ausgestellt. Mit

16 bekommen sie einen deutschen Personalausweis, der ihre jeweilige Staatsangehörigkeit und die Einbürgerungszusicherung beinhaltet. Die Einbürgerungszusicherung bringt zudem erhebliche ausländerrechtliche und beamtenrechtliche Vorteile mit sich. ■

Kompromisse beim Ausstieg aus der Kernenergie dürfen weder zu Lasten der Volkswirtschaft noch der Umwelt gehen

Zu den am 26. Januar in Bonn beim ersten Gespräch zwischen Bundesregierung und den deutschen Energieversorgungsunternehmen über einen Ausstieg aus der Kernenergie erzielten Ergebnissen erklärte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die Gespräche werden allein von der Bundesregierung und den Betreibern der Kernkraftwerke geführt. Die offensichtliche Verständigung über die Wiederaufarbeitung und die Weiterführung der Gespräche dürfte am Ende zu einem aus volkswirtschaftlicher und ökologischer Sicht nicht akzeptablen Ergebnis führen.

Von einem Ausstieg aus der Kernenergie im nationalen Alleingang sind nicht nur die Regierung und die Energiekonzerne, sondern alle Bürger und Unternehmen in

Deutschland berührt. Langfristig wird unser Land wegen der zu erwartenden Verteuerung der Energieversorgung Schaden nehmen. Ein Ausstieg ohne schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept ist unverantwortbar.

Der Ausstieg aus der Kernenergie treibt Deutschland in die technologische Isolation. Keine andere führende Industrienation plant den Ausstieg aus der Kernenergie. In vielen Staaten befinden sich Kernkraftwerke im Bau. Die Verlässlichkeit Deutschlands und deutscher Unternehmen bei der Erforschung und Produktion von Spitzentechnologie gerät in Gefahr.

Es gibt kein erkennbares energiepolitisches Gesamtkonzept, wie der Wegfall der Kernenergie, die über 60% der Grundlast der Stromversorgung deckt, Versorgungssicher und klimaverträglich ersetzt werden kann. ■

Angela Merkel: Schröder wird seiner Verantwortung nicht gerecht

Generalsekretärin Angela Merkel hat Bundeskanzler Schröder vorgeworfen, in der Atompolitik seiner „nationalen und internationalen Verantwortung nicht gerecht“ zu werden.

Die Bundesregierung führe keine Konsensgespräche mit der Atomindustrie, sondern „Vergleichsverhandlungen zur Vermeidung von Regreßansprüchen“. Es gehe um die Frage, ob Deutschland künftig ein Stromimportland werde.

Die Generalsekretärin warf der Bundesregierung vor, in der Atompolitik „rein ideologische Positionen“ zu vertreten. Es gebe allein in Rußland 16 Kernreaktoren des Typs von Tschernobyl. Bei einem Atomausstieg habe man „keinen Hebel mehr zur Verbesserung der Sicherheitsstandards“ dieser Reaktoren. Die rot-grünen Differenzen in der Atompolitik sind, so Merkel, „eine Krise für Deutschland“.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Alleingänge der Schröder-Regierung belasten gutnachbarschaftliche Beziehungen

Die rot-grüne Bundesregierung stellt die Beziehungen zu unseren französischen und britischen Partnern vor eine schwere Zerreißprobe. Was frühere Regierungen seit dem Zweiten Weltkrieg mühevoll aufgebaut haben, droht nun durch unüberlegte Aktionen nachhaltig beschädigt zu werden.

Umweltminister Trittin ordnet ein Wiederaufbereitungsverbot von Kernbrennstoffen an. Damit bedroht er rücksichtslos tausende Arbeitsplätze, auch in Frankreich und Großbritannien, und lehnt arrogant jegliche Schadensersatzleistungen ab. Finanzminister Lafontaine versucht, die Kompetenzen der Europäischen Zentralbank

zu beschneiden und brüskiert unsere Partner durch Nichterscheinen beim EU-Finanzministertreffen zur Einführung des Euros. Alle Vorstöße waren Alleingänge.

An die Stelle des bewährten und freundschaftlichen Dialoges mit unseren europäischen Partnern ist verantwortungsloser Aktionismus getreten, den Bundeskanzler Schröder zu verantworten hat.

Die Alleingänge der Schröder-Regierung sind eine schwere Belastung für die gutnachbarschaftlichen Beziehung in Europa und entfernen Deutschland von dem Ziel, eine gerechtere Lastenverteilung in der EU zu erreichen.

Unionsparteien setzen gemeinsame Kommission zur Europawahl ein

CDU und CSU haben eine Kommission zur Europawahl im Juni eingesetzt. Sie soll unter Federführung der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Volker Rühe und Horst Seehofer die gemeinsamen Positionen der Unionsparteien formulieren.

Wolfgang Schäuble unterstrich, CDU und CSU seien und blieben die Parteien der europäischen Integration. Zugleich betonte er, die Europäische Union (EU) brauche Reformen, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Schäuble verband seine Erklärung mit scharfer Kritik am europapolitischen Kurs der rot-grünen Bundesregierung. Wer die Partner in Europa so provoziere, wie dies Minister der rot-grünen Regierung täten, werde die Chance für eine Einigung über anstehende Reformen nicht verbessern.

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, kritisierte, es sei ein Fehler, das Reformpaket der Agenda 2000 unter der deutschen EU-Präsidentschaft unbedingt beenden zu wollen.

Bundeshaushalt der Schröder-Regierung für 1999: Unsolide und unseriös

Finanzminister Oskar Lafontaine hat für die Schröder-Regierung den Entwurf für den ersten Bundeshaushalt vorgelegt. Er täuscht Solidität und Seriosität vor. Es wurde der Eindruck erweckt, als ob der Haushalt sich am Entwurf der CDU-geführten Bundesregierung orientiere. Tatsache ist jedoch, daß dies eine reine Illusion ist.

Wer hinter die von Oskar Lafontaine geschaffene Fassade blickt, erkennt, daß der Haushalt von Oskar Lafontaine nur Blendwerk ist. Es wird getarnt, getäuscht und getrickst, um den Bundeshaushalt 1999 künstlich schön zu rechnen. Der von Rot-Grün versprochene Kassensturz mit Sanierung der öffentlichen Finanzen wird in die Zukunft verschoben.

Der Bundeshaushalt 1999 ist ein weiterer glatter Fehlstart der Schröder-Regierung. Vor den Wahlen verkündete die SPD die Notwendigkeit eines Kassensturzes, weil die Kassen angeblich leer seien. Nun zeigt sich jedoch, daß von den von SPD und Grünen herbeigeredeten Finanzierungslücken keine Rede sein kann. Der Haushaltsentwurf zeigt unzweifelhaft den Erfolg der Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspolitik der CDU-geführte Bundesregierung. Die Finanzen, die die CDU-geführte Bundesregierung hinterlassen hat, sind erheblich besser, als es SPD und Grüne wahr haben wollen. Mit unseriösen Behauptungen und falschen Argumenten wollen sie nur ihre „Kassensturzlüge“ verschleiern.

Der Bundeshaushalt 1999 zeigt jedoch deutlich, daß sich die Schröder-Regierung von einer Politik der Sparsamkeit und Solidität abwendet:

● Schröder-Regierung laufen die Ausgaben aus dem Ruder

Der Bundeshaushalt ist gekennzeichnet von einer enormen Ausgabenexplosion. Der Ausgabenzuwachs von Oskar Lafontaines erstem Bundeshaushalt beträgt allein 6,8 Prozent. Die Ausgaben steigen von 465,3 Milliarden DM 1998 auf 488 Milliarden DM 1999. Der von der CDU-geführten Bundesregierung geplante Ausgabenzuwachs von nur 0,4 Prozent wird jetzt auf das siebzehnfache erhöht. Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt steigt von 12,1 Prozent 1998 auf 12,5 Prozent 1999. Dies ist das Gegenteil einer sparsamen Haushaltspolitik.

Die finanzwirksamen, teuren Versprechungen müssen nun finanziert werden. Sie kommen die Bürger teuer zu stehen. Auch wenn die Steuern dank der erfolgreichen wachstums-, investitions- und beschäftigungsfreundlichen Steuerpolitik der CDU-geführten Bundesregierung wieder ansteigen, reicht dies der Schröder Regierung nicht aus. Neue Steuern werden eingeführt und bestehende verschärft. Durch die Einführung einer Stromsteuer und die Erhöhung der Mineralölsteuer zum 1. April 1999 werden bei den Steuerzahler nur in diesem Jahr über 9 Milliarden DM abkassiert.

Statt Sparen und Konsolidieren macht sich die Schröder-Regierung nun daran, die Bürger wieder stärker zu belasten, um das von den Steuer- und Abgabenzahlen hart erarbeitete Geld großzügig zu verteilen. Die Ausgaben für den Arbeitsmarkt werden von 41 auf 42,4 Milliarden DM verstärkt, obwohl die SPD-geführte Bundes-

Haushaltsplan 1999				
in Milliarden Mark, gerundet	Soll 1999 (Entwurf Lafontaines)	Ist 1998 (vorläufig)	Veränderung in Prozent	Soll 1999 (Entwurf Waigels)
Bundespräsidialamt	0,040	0,037	+ 9,5	0,040
Bundestag	1,096	0,901	+ 21,7	1,095
Bundesrat	0,028	0,024	+ 12,7	0,027
Bundeskanzleramt	2,944	0,996	+ 195,7	1,064
Auswärtiges Amt	3,660	3,520	+ 4,0	3,665
Inneres	7,259	8,463	- 14,2	8,900
Justiz	0,737	0,686	+ 7,5	0,721
Finanzen	7,647	7,434	+ 2,9	7,554
Wirtschaft	16,062	16,835	- 4,6	14,801
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11,605	11,440	+ 1,4	11,696
Arbeit und Soziales	173,286	154,948	+ 11,8	163,190
Verkehr, seit Okt. 98 zusammen mit Bau	48,198	42,819	+ 11,3	42,906
Raumordnung und Städtebau	-, -	11,521		12,389
Verteidigung	47,284	46,865	+ 0,9	47,519
Gesundheit	1,629	0,713	+ 128,4	0,750
Umwelt, Naturschutz und Atom	1,131	1,018	+ 11,2	1,304
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11,906	11,828	+ 0,7	11,907
Bundesverfassungsgericht	0,028	0,028	- 0,7	0,028
Bundesrechnungshof	0,161	0,107	+ 50,1	0,155
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7,800	7,902	- 1,3	7,676
Bildung, Forschung	15,001	15,008	- 0,1	15,428
Bundesschuld	86,279	81,124	+ 6,4	77,476
Versorgung	16,814	15,934	+ 5,5	16,614
Allgemeine Finanzverwaltung	27,405	16,768	+ 63,4	18,396
Insgesamt	488,000	456,919	+ 6,8	465,300

regierung mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl rechnet und obwohl den Arbeitsämtern genügend Geld für die Schaffung von mehr Beschäftigung zur Verfügung steht. Die effiziente Nutzung der knappen öffentlichen Finanzmittel und eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung - und damit die Senkung der Kosten von Arbeit - wären ökonomisch und sozial vernünftiger.

● Schröder-Regierung trickst bei Verschuldung

Statt „Kassensturz“ ist Haushaltskosmetik angesagt: Die aus Gründen von Klarheit und Transparenz von der CDU-geführten

Bundesregierung getrennt vom Haushalt geführten Sondervermögen - Erblastentilgungsfonds, Verstromungsfonds und Bundesbahnvermögen - werden nun im Bundeshaushalt versteckt. Die Verschuldung nur dieser drei Sondervermögen beträgt 390 Milliarden DM. Anderer Sondervermögen wie die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ und das ERP-Sondervermögen läßt Lafontaine dagegen außen vor. Lafontaine will damit offensichtlich nur kaschieren, daß er Verpflichtungen zur Schuldentilgung aussetzt und so kommende Generationen stärker belastet. Damit müssen aber die Jugendlichen von heute über ihre Steuerzahlungen von morgen Lafontaines höhere Steuerlasten teuer bezahlen.

Im Wahlkampf blendete Rot-Grün die Bürger mit dem Versprechen, die Verschuldung des Staates senken zu wollen. Tatsache ist, daß im Gegensatz zur CDU-geführten Bundesregierung nun Oskar Lafontaine mit Buchungstricks die Neuverschuldung künstlich herunterrechnet. Privatisierungserlöse von rund 10 Milliarden DM wurden einfach auf 1999 verlagert. Privatisierungserlöse stehen Lafontaine aber nur einmal zur Verfügung. Ohne diese stattliche Erbschaft wäre es Lafontaine nicht gelungen, bei der Neuverschuldung Waigels Vorgabe mit 56,2 Milliarden DM einzuhalten. Dies erkaufte sich allerdings Lafontaine in den nächsten Jahren mit jeweils zusätzlichen Zinsausgaben von rund 500 Millionen DM. Ohne diese Verschlebeaktion hätte 1999 die Nettokreditaufnahme 66 Milliarden DM betragen und damit gegen das Grundgesetz verstoßen.

Die Neuverschuldung unterschreitet die geplanten Investitionen um 2 Milliarden DM. Damit entkommt die Schröder-Regierung nur knapp der verfassungsmäßigen Grenze nach Artikel 115 GG, wonach der Bund nur soviel an Krediten aufnehmen darf, wie er investiert. Und auch hier gilt: Dies schafft er nur durch die optische Verringerung der Kreditaufnahme über die Aufnahme von Sondervermögen in den Bundeshaushalt. Bislang wurden die Tilgungen der Sondervermögen vom Bund über Kredite finanziert und engten damit den Spielraum für eine weitere Schuldenaufnahme ein. Lafontaine durchbricht den Zusammenhang zwischen Sondervermögen und Neuverschuldung nun völlig und erweitert damit seine Kreditaufnahme.

Oskar Lafontaines Hinweise auf die Verschuldung der CDU-geführten Bundesregierung sind nur ein Alibi. Strukturelle Reformen werden vertagt. Dadurch verschärft er die finanzpolitische Situation. Strukturelle Reformen bleiben aber notwendig, um den Konsolidierungskurs weiter fortzusetzen.

● Schröder-Regierung rechnet Investitionen künstlich hoch

Die Investitionen werden schön gerechnet. Für 1999 werden 58,2 Milliarden DM eingeplant. Ein wesentlicher Teil der Investitionsausgaben stammt allerdings von einer rein „buchmäßigen“ Anhebung des Gewährleistungsrisikos. Die Investitionsquote sinkt unter Verantwortung der Schröder-Regierung von 12,5 Prozent auf 11,9 Prozent

● Eine schwere Hypothek für die Zukunft

Vor der Wahl forderten Lafontaine und Schröder noch einen „Kassensturz“, weil die Kassen angeblich leer seien. Nun nach der Wahl sattelt die Schröder-Regierung neu drauf. Statt „Kassensturz“ und Sparen müssen sich nun die Bürger auf ausufernde Ausgaben, mehr Schulden und neue Steuern und Abgaben gefaßt machen. Der „politische Neuanfang“ der Schröder-Regierung führt geradewegs zurück zur sozialdemokratischen Hinterlassenschaft der SPD-geführten Bundesregierung: Verdrängung von wirtschaftlichen Aktivitäten, Ausgaben- und Schuldenexplosion, hohe Steuer- und Abgabenbelastung, steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Beschäftigung.

Zitat: „Mit dem Thema Kernkraftwerke und Stromversorgung kann man nicht so kurzfristig umgehen, als sei es die Radieschenversorgung der Republik.“

Der Sprecher der Atomkraftwerksbetreiber und Vorstandsvorsitzende der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW), Manfred Timm, nach der ersten Runde der Konsensgespräche zum geplanten Ausstieg aus der Atomenergie

Vorsicht Beamte

Zur Forderung von Innenminister Schily, daß z.B. Hochschulprofessoren, Lehrer oder Orchestermusiker keinen Beamtenstatus haben müßten, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Wenn Bundesinnenminister Schily schon mit Hilfe großer Überschriften einen Vorstoß gegen das Berufsbeamtentum unternimmt, hätte er besser Beispiele aus seinem eigenen Bereich - dem Bund - wählen sollen. Schily aber drischt auf Länder- und Kommunalbeamte ein, z.B. auf Lehrer, weil diese angeblich keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen.

Wer aber weiß, wie wichtig etwa Zeugnisse sind, die uns ein Leben lang begleiten und die Lebenswege prägen können, dürfte dies mit anderen Augen sehen.

Mit seiner holzschnittartigen Argumentation wird Schily weder den öffentlichen Dienst modernisieren noch irgendein Problem lösen.

Schilys Taktik ist leicht zu durchschauen: Zunächst umgarnt er die Beamten mit den Worten, er sei grundsätzlich für das Berufsbeamtentum. Und dann fordert er für eine der größten Gruppen - die Lehrerschaft - die Abschaffung des Beamtentums.

Ähnlich hat er seine Pläne bei der Staatsangehörigkeit zu verschleiern versucht: Ziel, so Schily, sei nicht die doppelte Staatsangehörigkeit - und doch führt er sie großflächig ein. Bei den Äußerungen dieses Innenministers ist also Vorsicht angebracht.

Das nächste „Bonbon“ für die Beamten hat der Minister auch gleich parat: Seinem Parteichef Lafontaine betet er nach, im öffentlichen Dienst gäbe es keine „Ertragssteigerungen“, und daher sei für Lohnanhebungen „beim besten Willen kein Spielraum“. Auch hier müßte Schily es besser wissen: Gerade für den Bereich des Bundes gilt: Die größere Bundesrepublik wird heute mit etwa der gleichen Zahl von Bundesbeamten regiert und verwaltet wie die alte Bundesrepublik vor 1990. Mit anderen Worten: Es wird mehr geleistet, die Produktivität ist höher. Dies sollte Schily seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst nicht dadurch danken, daß er keinerlei Spielraum für eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik sieht.

CDU und CSU treten dafür ein, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden. ■

Vordergründig und unausgegoren

Zum Schily-Vorstoß gegen Beamte erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Schilys Beamtenschelte ist vordergründig, auf Schlagzeilen aus, in der Sache unausgegoren. Seriöse Untersuchungen haben längst belegt, daß Beamte den

Staat letztlich billiger kommen als Angestellte. Was heute Not tut, ist nicht wohlfeile Beamtenkritik, sondern eine konsequente Politik des Abbaus von Staatsaufgaben und der Senkung von Staatsausgaben. Ich fordere den Minister auf, statt über den Beamtenstatus zu raisonnieren Vorschläge zu machen.

Der Bauetat stellt die rot-grüne Wohnungspolitik ins Abseits

Zu den Auswirkungen des Haushaltsentwurfs '99 des Ministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen auf den Wohnungs- und Städtebau erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Nach der Zerschlagung des Wohnungsbauministeriums und nach der völligen Ausklammerung wohnungspolitischer Anliegen aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers setzt Minister Münteferings Etatentwurf die Perspektivlosigkeit der Regierung Schröder durch ein brutales Einkassieren aller Wahlversprechungen von Rot und Grün konsequent fort. Die Zusagen auf deutliche Aufstockung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und den Städtebau sowie auf erhebliche Leistungsverbesserungen beim Wohngeld werden nicht nur nicht wahrgemacht - beim Wohngeld und sozialen Wohnungsbau bleibt Müntefering sogar hinter den Ansätzen des Waigelschen Entwurfs vom letzten Juli noch zurück.

Ich beschränke mich auf ein Zeugnis zu diesen Zusagen. Der jetzige Parlamentarische Staatssekretär im BMVBW, Großmann, in seiner Stellungnahme vom 9.7.98, damals noch SPD-Sprecher, zur Waigelschen Bauetatvorlage: „In allen drei genannten Bereichen sehen wir Sozialdemokraten erheblichen Korrekturbedarf. Finanzpolitisch ist dies vertretbar.“

Das Wohngeld sollte um mindestens 1,5 Mrd. DM erhöht werden - heute ist der Ansatz niedriger als im Waigelentwurf. Politischer Wortbruch ist das eine - Täuschung der Öffentlichkeit das andere. **Erster Akt** des Wohngeld-Trugspiels: Münteferings Pressesprecher behauptet, man

habe angeblich 500 Mio. DM für eine Wohngeldanpassung zur Verfügung gestellt bekommen, was sich aus der Differenz zwischen Soll-Ansatz '99 zum Soll '98 errechnen lasse.

In Wahrheit hatte man nicht nur keine einzige Mark für Leistungsverbesserungen in den Haushaltsgesprächen mit dem BMF zugestanden bekommen, sondern sogar noch 100 Mio. DM weniger als im Waigel-Entwurf, der bekanntlich das Finanzvolumen einer Strukturnovelle zunächst noch der Abstimmung mit den Ländern überließ. **Zweiter Akt:** Nachdem die Fakten nicht mehr länger zu verschweigen waren, spielt PSt Großmann den angeblichen Finanzbedarf für eine '99er Novelle auf 80 Mio. DM Mehrausgaben herunter und suggeriert, für eine so geringe Summe brauche man nicht explizit die vorherige Zustimmung des BMF.

Für das Jahr 2000 würden dann die Mittel für eine Reform bereitgestellt werden.

Dritter Akt: Jetzt mußte Minister Müntefering im parlamentarischen Ausschuß einräumen, daß die „finanziellen Dimensionen für die nachfolgenden Jahre noch nicht geklärt“, also noch innerhalb der Bundesregierung strittig seien.

Auch für den sozialen Wohnungsbau will die Schröder-Regierung rund 100 Mio. DM weniger zur Verfügung stellen als zuletzt die Kohl-Bundesregierung und sogar knapp 250 Mio. DM, also 18 Prozent weniger als 1998. Wer nach den weiteren Perspektiven des sozialen Wohnungsbaus unter dieser Bundesregierung fragt, ist gut beraten, das „unmoralische Angebot“ des Bundesfinanzministers in den Haushaltsgesprächen im Auge zu behalten, die Wohngeldanpassungs-Kosten durch einen Ab-

Schröders Wortbruch schadet dem Sport und der Gemeinnützigkeit

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zu der geplanten Neuregelung der 630-DM-Jobs:

Mit den jetzt geplanten Neuregelungen bei den sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen bricht Bundeskanzler Schröder sein gegebenes Versprechen, daß sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse für die Beschäftigten steuerfrei bleiben. Durch die Umleitung der Pauschalsteuer zu den Renten- und Krankenversicherungen werde jegliche Steuer für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse entfallen, so Schröder vor dem Deutschen Bundestag. Doch die geplante Neuregelung führt durch die Hintertür die Besteuerung geringfügiger Beschäftigten wieder ein.

Durch die Einbeziehung des Entgelts der geringfügigen Beschäftigten in die Einkommensteuerveranlagung ergibt sich ein gewaltiger Anstieg der Belastung von Vereinen und nebenberuflich Tätigen von bis zu 300% !! Nebenberufliche Tätigkeit würde sich für

den einzelnen nicht mehr lohnen und für die Vereine wäre die Belastung nicht verkraftbar.

Dies werden unsere Sportvereine schnell spüren. Über 2,5 Millionen ehrenamtlich Tätige bedürfen der Unterstützung durch nebenberuflich Tätige. Fallen diese Tätigkeiten weg, sind die 2,5 Millionen ehrenamtlich Tätigen die eigentlichen Leidtragenden. Ihnen werden die unseriösen Steuerkonzepte Schröders aufgebürdet und wird die ehrenamtliche Arbeit in unseren gemeinnützigen Vereinen durch diese Regierung herabgewürdigt. Unsere Vereine leisten eine hervorragende Jugendarbeit, sie integrieren und sozialisieren, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsfürsorge, und sie sind Basis für unseren Spitzensport. Die dort Tätigen durch eine Besteuerung zu bestrafen, ist unverantwortlich.

Wir fordern die Regierung Schröder auf, diese von sozialer Kälte geprägte Neuregelung unmittelbar zurückzuziehen und Sportvereine und gemeinnützigen Einrichtungen bei nebenberuflichen Tätigkeiten steuerfrei zu stellen.

bau des Verpflichtungsrahmens beim sozialen Wohnungsbau um 650 Mio. DM (!) gegenzufinanzieren. Geradezu makaber das in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung beschlossene Programm „Soziale Stadt“ ausschließlich aus Kürzungen des sozialen Wohnungsbaus zu finanzieren.

Bei der Städtebauförderung reichten die Versprechungen vor der Bundestagswahl von 1 bis 2 Mrd. DM bis hin zu einem 20 Mrd. Investitionsprogramm, das der

IG Bau-Chef und SPD-Bundestagsabgeordnete Wiesehügel in Aussicht stellte. Keine Mark mehr ist das Ergebnis.

Nimmt man dazu noch die im Steuerentlastungsgesetz beabsichtigten Kürzungen bei der Eigenheimzulage und beim freifinanzierten Wohnungsbau, ist aus dem rot-grünen Ankündigungsf Feuerwerk im Wohnungs- und Städtebau ein kleiner Knallfrosch geworden, über den sich der Minister erstaunlicherweise „zufrieden“ zeigt. ■

Ähnlich, aber nicht gleich!

Die Lebensstile von Frauen in West- und Ostdeutschland

Die Zeiten, daß Frauen auf ihren Prinzen warten, der ihr Leben bestimmt, scheinen nun endgültig vorbei. Junge Frauen in West- und Ostdeutschland sind selbstbewußt, gut gebildet und nehmen ihr Leben selbst in die Hand. Neben den traditionellen Lebensstilgruppen haben sich durch die gesellschaftliche Modernisierung und den dadurch bedingten schnellen Wandel neue Lebensstilgruppen herausgebildet.

Dies belegt die neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung „Weibliche Lebensstile in West- und Ostdeutschland“. Die Autoren der Studie, die KAS-Mitarbeiter Christine Henry-Huthmacher und Peter Gluchowski, haben dazu die Ergebnisse einer breit angelegten Meinungsumfrage analysiert. Welche Annäherungen es zwischen den weiblichen Lebensstilen in West- und Ostdeutschland gibt, wird dabei ebenso thematisiert wie die unterschiedlichen Erfahrungen der verschiedenen Frauengenerationen seit der Wende.

Familienorientiert

Traditionell weibliche Lebensstilgruppen im Westen sind stark familienorientiert. Bei den neuen Lebensstilgruppen im Westen zeigt sich eine bewußte Wahl zwischen Berufstätigkeit und Familie:

- Berufstätige junge Frauen sind postmaterialistisch eingestellt, selbstbewußt und verfügen über ein hohes Bildungsniveau. Eine eigenständige Berufstätigkeit in einem attraktiven Beruf ist das vorrangige Lebensziel dieser vorwiegend als Single lebenden Frauen.

- Familienorientierte junge Frauen sind ebenfalls sehr selbstbewußt, verfügen ebenso über ein sehr hohes Bildungsniveau, arbeiten teilzeit, haben sich jedoch bewußt mit hohem Anspruchsniveau für Kinder und Partnerschaft entschieden.

Die Lebensstile junger Frauen verdeutlichen, daß eine bewußte Wahl zwischen eigener Karriere und Familienorientierung stattfindet. Mit hohem Anspruchsniveau an Partnerschaft und Kindererziehung bei gleichzeitiger Teilzeit-/Berufstätigkeit haben die jungen Frauen, die sich für Familie entscheiden, sehr genaue Vorstellungen von ihrem Leben. Ebenso verhält es sich bei den berufsorientierten jungen Frauen. Dies war nicht immer so - und ist teilweise bei älteren Frauen auch heute noch nicht gegeben.

Eine große Annäherung zwischen Ost und West gibt es bei den jungen Frauen. Auch im Osten bilden sich bei den jungen Frauen in Form einer Polarisierung zwischen Familie und Beruf zwei neue Lebensstile heraus. Diese sind mit den westlichen Lebensstilen durchaus vergleichbar. Jedoch gibt es hier - bedingt durch den Systemwechsel - eine große Verunsicherung. Der enorme Geburtenrückgang nach der Wende ist dafür ein sichtbares Zeichen.

Die Studie steht im Internet:

<http://www.kas.de> und ist zum Preis von 5,- DM bei der Konrad-Adenauer-Stiftung zu beziehen: Referat für Publikationen, Postfach 14 20, 53732 Sankt Augustin

3000 Menschen beim Neujahrsempfang der CDU Bremen

Wahre Begeisterungstürme rief die Generalsekretärin Angela Merkel mit ihrer Rede auf dem traditionellen Neujahrsempfang der Bremer CDU hervor. 3000 Menschen waren der Einladung des CDU-Landesvorsitzenden Bernd Neumann und des CDU-Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Juni, Bürgermeister Hartmut Perschau, gefolgt. Der Bremer CDU-Neujahrsempfang ist das größte Neujahrstreffen in Deutschland.

In ihrer halbstündigen Rede attackierte die Generalsekretärin scharf die neue Bundesregierung. In der Außenpolitik lasse sie es deutlich an dem notwendigen Fingerspitzengefühl vermissen. In der Steuerpolitik habe sie kein klares Konzept. Auch der geplante Ausstieg aus der Atomenergie rief Unverständnis hervor. „Am Ende wird aus deutschen Steckdosen französischer Atomstrom kommen, ein Vorteil kann das nicht sein.“ Ein klares Bekenntnis legte sie zum Subsidiaritätsprinzip ab, kleine Einheiten müßten gestärkt werden. Zur Freude der Bremer machte sie deutlich, daß das Land Bremen nicht um seine Selbstständigkeit zu fürchten brauche: „Wir bekennen uns zu dem Bundesland Bremen“, rief sie den Hansestädtern entgegen. An die eigene Partei appellierte sie, die Grundwerte „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ wieder in den Mittelpunkt

der öffentlichen Diskussion zu rücken. Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl am 6. Juni unterstrich sie, daß es mit der CDU-Regierungsbeteiligung eine vernünftige Regierung im Zwei-Städte-Staat geben würde.

CDU-Landeschef Bernd Neumann erinnerte daran, daß im norddeutschen Raum nur noch in Bremen die CDU an der Regierung beteiligt sei. Auf die aktuelle Diskussion um die Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft eingehend meinte er, daß die Schröder-Regierung „einen gigantischen Eingriff in die Strukturen dieses Landes vorbereitet und deshalb auf die Kritik der CDU/CSU so hysterisch reagiert“.

Der CDU-Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl, Bürgermeister Hartmut Perschau, nutzte die Gelegenheit, um deutlich zu machen, worum es bei der Landtagswahl geht: „Entweder weiter aufwärts in Bremen und Bremerhaven mit der CDU oder wieder abwärts mit Rot-Grün.“ Die CDU habe die Finanzen des Landes wieder auf eine solide Basis gestellt. Die Kriminalität werde massiv bekämpft und sei stark zurückgegangen. Auch die Wirtschaft habe wieder Vertrauen in die Politik gefaßt. „Viele unserer Erfolge haben wir gegen den Willen der SPD durchsetzen müssen“, bilanzierte er die Erfolge der CDU-Regierung.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@cdu.de

Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes:

Steuerliche Entlastung von Familien

Am 19. Januar 1999 wurden mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vom 10.11.1998 veröffentlicht, die zum einen die Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten und des Haushaltsfreibetrages auch bei in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern fordert und zum anderen den in den 80er Jahren gewährten Kinderleistungsausgleich teilweise für verfassungswidrig erklärt.

► Berücksichtigung von Kinderbetreuungs- und Erziehungsbedarf

Nach § 33 c des geltenden Einkommensteuergesetzes (EStG) können Alleinstehende (das sind Unverheiratete, auch wenn sie in außerehelicher Gemeinschaft leben; dauernd getrennt lebende Ehegatten; Geschiedene, deren frühere Ehegatten nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind) **Kinderbetreuungskosten** bei einem Kind in Höhe von 4 000,- DM/Kalenderjahr und für jedes weitere Kind 2 000,- DM/Kalenderjahr grundsätzlich von ihrem zu versteuernden Einkommen **als außergewöhnliche Belastung** abziehen. Ehegatten können Kinderbetreuungskosten unter ganz engen Voraussetzungen entsprechend geltend machen, soweit die Aufwendungen wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung oder Krankheit eines Ehegatten erwachsen, wenn der andere Ehegatte erwerbstätig oder ebenfalls krank oder behindert ist.

Außerdem wird nach geltendem Recht (§ 32 Abs. 7 EStG) den nichtehelichen Erziehungsgemeinschaften ein **Haushalts-**

freibetrag in Höhe von 5.616,- DM/Kalenderjahr gewährt, und zwar auch dann, wenn jedem Elternteil ein Grundfreibetrag (ab 1.1.1999 13.067,- DM) zusteht. Ehegatten haben grundsätzlich nicht die Möglichkeit, einen Haushaltsfreibetrag zu erhalten. Der Haushaltsfreibetrag ist unabhängig von der Zahl der Kinder.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat einstimmig entschieden, daß die genannten Vorschriften mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind, weil sie in **ehelicher** Gemeinschaft lebende Eltern mit Kindern **benachteiligen**.

**Von Friedrich Merz,
stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

Der besondere Gleichheitssatz des Art. 6 GG (besonderer Schutz von Ehe und Familie, Elternrechte) verbiete es, in ehelicher Gemeinschaft lebende, unbeschränkt steuerpflichtige Eltern vom steuermindernden Abzug der Kinderbetreuungskosten und eines Haushaltsfreibetrages auszuschließen.

Der Staat habe das Einkommen der Steuerpflichtigen im Umfang des „Existenzminimums“ steuerfrei zu belassen. Dies gilt bei Familien für das Existenzminimum sämtlicher Mitglieder, also auch für das der Kinder. Die Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existentiellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf des Kindes hinaus, generell durch den Betreuungsbedarf gemindert.

Dieser ist Bestandteil des kindbedingten Existenzminimums und daher steuerlich zu verschonen.

Damit hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig das **Leitbild der Familien** beschrieben: Die Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG). Die Eltern erfüllen diese Pflicht in der Familie, die vor allem Erziehungsgemeinschaft, aber auch Wirtschaftsgemeinschaft ist. Die Wahrnehmung familiärer Erziehungsaufgaben darf nicht zu beruflichen Nachteilen führen. **Das ist der Einstieg in die volle Anerkennung der Familienleistung des nicht berufstätigen Ehepartners.**

Das Bundesverfassungsgericht hat dem **Gesetzgeber** für eine Neuregelung der Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten einen engen Rahmen gesetzt und **detaillierte** Vorgaben gemacht:

- Der Gesetzgeber ist verpflichtet, spätestens **bis zum 1. Januar 2000** eine Neuregelung hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der **Kinderbetreuungskosten** zu erlassen.

- Die Ungleichbehandlung im Verhältnis von verheirateten zu kinderlosen Steuerpflichtigen kann nicht dadurch beseitigt werden, daß für alle die steuerlichen Vergünstigungen des § 33 c EStG gestrichen werden.

- Da die betreuungsbedingte Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit **bei allen Eltern zu berücksichtigen** ist, wird insofern eine Erhöhung des Kinderfreibetrages oder des Kindergeldes erforderlich sein.

- Die für verfassungswidrig erkannte bisherige Regelung ist bis zum 31. Dezember 1999 weiterhin anzuwenden. Sollte der Gesetzgeber eine Neuregelung nicht **bis zum 1. Januar 2000** in Kraft gesetzt haben, sind ab diesem Zeitpunkt von Verfassungen wegen 4.000,- DM im Jahr bei der Feststellung des zu versteuernden Ein-

kommens - als Erhöhung des Kinderfreibetrages - abziehen, wenn der Steuerpflichtige für ein Kind einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält. Der Betrag erhöht sich pro Veranlagungsjahr um 2.000,- DM für jedes weitere Kind, für das der Steuerpflichtige einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält. Entsprechendes gilt für das Kindergeld.

Hinsichtlich der Berücksichtigung des **Erziehungsbedarfs** verlangt das Bundesverfassungsgericht:

- Eine zahlenmäßige **Orientierung am bisherigen Haushaltsfreibetrag**, allerdings je nach Kinderzahl abzustufen.

- Sollte eine Neuregelung nicht fristgemäß **zum 1. Januar 2002** in Kraft sein, ist in Höhe von 5.616,- DM ein Freibetrag für die Eltern zu gewähren, denen ein Kinderfreibetrag oder Kindergeld für ein oder mehrere Kinder zusteht.

Beispiele:

Wird ab 1.1.2002 ein Freibetrag von 9.616 DM gewährt, dann sind Familien mit einem Kind und einem Bruttoeinkommen von 4.000 DM monatlich in der Steuerklasse III steuerfrei. Die bisher jährliche Einkommensteuer von rd. 2.800 DM würde entfallen. Die Familie hätte monatlich rd. 230 DM mehr verfügbares Einkommen.

Ein Haushalt von Doppelverdienern mit einem Kind und einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2 x 3.100 DM (Steuerklasse IV) hat dann jährlich knapp 3.600 DM und damit monatlich rd. 297 DM mehr in der Kasse.

Eine Familie mit 2 Kindern und einem monatl. Bruttoeinkommen des Alleinverdieners (Steuerklasse III) von 6.000 DM wird rd. 3.900 DM jährl. bzw. rd. 315 DM monatl. mehr auf dem Konto haben.

Das Bundesverfassungsgericht fordert ausdrücklich eine „**einfache und klare**

gesetzliche Regelung“. Da die kindbedingte Minderung der einkommensteuerlichen Leistungsfähigkeit als maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Besteuerung von konkreten Aufwendungen unabhängig ist, kann sie in einem Grundtatbestand erfaßt werden, der alle kinderbezogenen Entlastungen umfaßt und dessen Voraussetzung allein durch die Angabe familienbezogener Daten erlangt werden kann.

► **Kinderleistungsausgleich**

Soweit Eltern **Kinderfreibeträge** im **Veranlagungszeitraum 1985** für ein Kind nur in Höhe von 2.432,- DM, im **Veranlagungszeitraum 1987** für ein Kind nur in Höhe von 2.484,- DM, für zwei Kinder in Höhe von 4.968,- DM und im **Veranlagungszeitraum 1988** für zwei Kinder ebenfalls nur in Höhe von 4.968,- DM beanspruchen konnten, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß diese Beträge verfassungswidrig zu niedrig festgesetzt wurden.

Insoweit wurden die Verfahren an den befaßten Bundesfinanzhof zurückverwiesen. Der Bundesfinanzhof soll nunmehr prüfen, ob in den entschiedenen Fällen und allen bei ihm anhängigen Parallelverfahren auch ohne gesetzliche Änderung die verfassungsrechtlich veranlaßte Herabsetzung der Steuerschuld möglich ist. In diesem Fall wäre eine gesetzliche Neuregelung mit Wirkung für zurückliegende Veranlagungsjahre nicht erforderlich.

Gelangt der Bundesfinanzhof zur Auffassung, daß der Gesetzgeber handeln müsse, muß für die noch nicht bestandskräftig gewordenen Fälle die Benachteiligung durch rückwirkende Gesetzesänderung behoben werden.

Nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts steht es dem Gesetzgeber in jedem Fall frei, die verfassungsrechtlich gebotene Änderung durch eine Anhebung des einkommensteuerlichen Kinderfreibe-

trages, durch eine Anhebung des Kindergeldes oder durch eine anderweitige Ausgleichsregelung vorzunehmen.

Das Bundesverfassungsgericht hat auch hier den Handlungsrahmen für den Gesetzgeber in den Leitsätzen ausdrücklich beschrieben:

● Das sozialrechtlich definierte Existenzminimum bildet die Grenze für das einkommensteuerliche Existenzminimum, die über-, aber nicht unterschritten werden darf.

● Das einkommensteuerliche Existenzminimum ist für alle Steuerpflichtigen - unabhängig von ihrem individuellen Grenzsteuersatz - in voller Höhe von der Einkommensteuer freizustellen.

● Der Wohnbedarf ist nicht nach der Pro-Kopf-Methode, sondern nach dem Mehrbedarf zu ermitteln. Nach dieser Methode wird auch derzeit der einkommensteuerliche Kinderfreibetrag bemessen. Diese Methode erfaßt in typisierter Form den tatsächlichen zusätzlichen Aufwand für den Wohnbedarf.

► **Folgerungen**

● Das **Steuerreformkonzept der Bundesregierung/Koalition ist gescheitert**, weil es im Lichte der Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen völlig überarbeitet werden muß. Es genügt nicht, Verfassungsgerichtsentscheidungen durch ein Gesetz außerhalb des Steuerreformgesetzes umzusetzen, weil Änderungen in vielen Bereichen des Einkommensteuergesetzes erforderlich sind und erhebliche Wechselwirkungen eine **umfassende Reform erforderlich** machen.

● Angesichts der zu erwartenden Steuerausfälle von rd. 25 Mrd. DM pro Jahr ist auch die **mittelfristige Finanzplanung zu überarbeiten**. Eine Erhöhung der Neuverschuldung, insbesondere im Hinblick auf die Daten des Bundeshaushaltes 1999, der knapp unter der verfassungsrechtlich

zulässigen Grenze für die Neuverschuldung des Art. 115 GG liegt, kommt auch in den Folgejahren nicht in Betracht, weil andernfalls die europäischen Stabilitätskriterien nicht erfüllt würden.

● Die **Finanzierung über Steuererhöhungen ist strikt abzulehnen**. Steuererhöhungen würden im Ergebnis nicht zur Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Freibeträge führen, weil diese Familien dann über andere Steuern ihre Entlastung selbst finanzieren müßten.

● Das Bundesverfassungsgericht hat vor allem eine **einfache und klare Neuregelung** verlangt. Dieser Satz hat über die Berücksichtigung von Betreuungs- und Erziehungsbedarf hinaus **richtungweisende Bedeutung**. Die Steuerkonzeption der Bundesregierung erfüllt diese Anforderungen nicht, wenn man beispielsweise an die hochkomplizierten Regelungen zur Verlustverrechnung oder zur Kappung des Ehegattensplittings denkt. Auch insofern muß ein Gesamtkonzept erarbeitet werden.

● Ebenso wie die Steuererhöhungen an anderer Stelle wäre auch eine **weitere Einschränkung** oder die **Abschaffung des Ehegattensplittings**, wie sie jüngst von den Grünen wieder gefordert wird, verfassungswidrig. Das Ehegattensplitting ist keine Steuervergünstigung, sondern die gesetzliche Umsetzung des verfassungsrechtlich gebotenen besonderen Schutzes der Ehe.

Eine gerechte, einfache und finanzierbare Lösung kann nur in einer umfassenden großen Steuerreform liegen. Vorbild können die Petersberger Steuervorschläge sein. Das würde aber bedeuten, daß die SPD ein Gesamtkonzept vorlegt, das alle Steuerpflichtigen entlastet.

Wenn die Bundesregierung dazu nicht in der Lage ist, werden wohl die Bundesländer die Initiative ergreifen müssen. Denn sie sind von den Entscheidungen des Bun-

desverfassungsgerichtes hinsichtlich der Steuerausfälle mit 42,5 % des Einkommensteueraufkommens betroffen und die Gemeinden und Städte mit 15,0 %.

► Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen

Für die betroffenen Familien ergibt sich **vor Inkrafttreten** einer Neuregelung zum 1. Januar 2000 bzw. 1. Januar 2002 folgende Lage:

● Wer seinen Steuerbescheid akzeptiert hat, weil er die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung nicht voraussehen konnte, hat keine Möglichkeiten Einspruch einzulegen, weil die Bescheide bestandskräftig geworden sind.

● Sind die **Steuerbescheide noch nicht bestandskräftig**, d. h.: wenn sie vorläufig ergangen sind oder Einspruch/Klage erhoben wurde im Hinblick auf diese Verfahren beim Bundesverfassungsgericht, kann grundsätzlich Einspruch erhoben werden.

Dieser dürfte erfolgversprechend sein, wenn es um die Kinderfreibeträge 1985, 1987, 1988 geht. Soweit die Kinderbetreuungskosten und/oder der Haushaltsfreibetrag betroffen sind, läßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine eindeutige Auslegung zu: Einerseits sollen die bisherigen Regelungen bis zum 31. Dezember 1999 bzw. 2001 weitergelten, andererseits werden die bisherigen Regelungen für verfassungswidrig erklärt. Ob die Finanzverwaltung z. B. die Steuerbescheide für 1998 mit einem Vorläufigkeitsvermerk versieht, ist noch offen. Jedenfalls kann ein Einspruch gegen den Steuerbescheid keine Rechtsnachteile bedeuten und sollte daher in jedem Fall erhoben werden. Im laufenden Steuerjahr sollten auch verheiratete Ehepaare Kinderbetreuungskosten, Haushaltsfreibetrag und einen erhöhten Kinderfreibetrag geltend machen. ■

Das Wohngeld jetzt, und zwar familiengerecht reformieren

– CDU/CSU bringt Antrag ein –

Mit einem am 19. Januar eingebrachten Antrag pro gesamtdeutsche Wohngeldnovelle hat die Unionsfraktion auf die Ausflüchte und Haushalts-Täuschungsmanöver der rot-grünen Koalition reagiert. Dazu erklärte der wohngeldpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

In der Frage, ob es in diesem Jahr überhaupt zu einer Wohngelderhöhung kommt, nähert sich die Stunde der Wahrheit. Die Unionsfraktion beschließt heute, einen Antrag im Bundestag einzubringen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, eine Gesetzesinitiative so rechtzeitig vorzulegen, daß der Bundestag vor dem 1. Juli 1999 die Gesetzesberatungen abschließen kann mit dem Ziel eines Inkrafttretens spätestens zum 1. September d.J. Die Bundesregierung wird nächste Woche im Bundestag Farbe bekennen müssen über ihre wahren Absichten, nachdem Lafontaine in den Haushaltsgesprächen Mittel für eine Leistungsverbesserung abgelehnt hatte.

Die CDU/CSU umreißt mit ihrem Antrag gleichzeitig die Ziel- und Eckpunkte der gesamtdeutschen Wohngeldnovelle:

1. Anpassung der Einkommensgrenzen und der Miethöchstbeträge, bis zu denen Wohngeld gewährt werden kann, unter dem Blickwinkel der Einkommens- und Mietenentwicklung seit der am 1. Oktober 1990 in Kraft getretenen Leistungs novelle.

2. Überprüfung und Anpassung der Wohngeldbeträge in den Wohngeld tabellen auf ihre familiengerechte Angemes-

senheit. In diese Prüfung sind Vorschläge der Expertenkommission Wohnungspolitik (Drs. 13/159) einzubeziehen, die angemessene Versorgung von Kindern mit Wohnraum durch eine zusätzliche Kinderkomponente zu verbessern.

3. Die Zuordnung der Gemeinden zu den Mietenstufen ist auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen, die geltende Zuordnung der Gemeinden im früheren Bundesgebiet dem aktuellen örtlichen Mietenniveau anzupassen.

4. Die Tabelle mit den Höchstbeträgen, bis zu denen die Miete oder Belastung bei der Gewährung des Tabellenwohngeldes berücksichtigt werden kann, ist der Mietenentwicklung anzupassen und - nach dem Auslaufen der geltenden Übergangsregelung für die neuen Länder am 31.12.2000 - für das gesamte Bundesgebiet zu vereinheitlichen.

5. Gleichzeitig mit diesen Leistungsverbesserungen ist das Wohngeldrecht in Ost und West zu vereinheitlichen, ohne das geltende Leistungsniveau in den neuen Ländern zu mindern.

6. Die Vereinheitlichung ist mit weiteren Schritten in Richtung Rechtsvereinfachung zu verknüpfen. Dazu zählen unter anderem: Eine durchgreifende Rechtsbereinigung aufgrund der gewonnenen Praxiserfahrungen im Interesse eines erleichterten Verwaltungsvollzugs, eine Harmonisierung der Vorschriften des Wohngeldgesetz-

Das Urteil des Verfassungsgerichts stärkt Ehe und Familie

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung verheirateter Eltern mit unverheirateten Paaren oder Allein-erziehenden erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Aus familienpolitischer Sicht begrüße ich den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat immer darauf hingewiesen, daß dem besonderen Schutz von Ehe und Familie durch Artikel 6 unseres Grundgesetzes Rechnung getragen werden muß. Diese Auffassung hat das Gericht bestätigt. Damit ist klar, daß auch bei

anderen Regelungen Ehe und Familie Vorrang haben müssen.

Der Beschluß, daß Ehepaare mit Kindern zusätzlich zum Kindergeld auch Anspruch auf den Kinderfreibetrag haben sollen, entspricht der Linie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Reform des Familienleistungsausgleichs in der vergangenen Legislaturperiode. Im Gegensatz zur SPD hatten CDU und CSU Wert darauf gelegt, den Kinderfreibetrag als Mittel der Entlastung von Familien beizubehalten.

Die neue Bundesregierung hat als einziges Instrument der Förderung von Familien das Kindergeld um 30 DM für das erste und zweite Kind erhöht. Gleichzeitig werden durch die geplante Energiesteuer Familien stark belastet.

zes mit denen verwandter Rechtsgebiete, insbesondere mit den Bestimmungen über die Einkommensermittlung nach dem II. Wohnungsbaugesetz, und Verzahnung mit der direkten Wohnungsbauförderung.

7. Abbau der Leistungsunterschiede zwischen dem pauschalierten Wohngeld und dem Tabellenwohngeld.

Die CDU/CSU konnte sich bekanntlich letztes Jahr mit einer Anpassungs-/Strukturnovelle, die eine vorherige Abklärung mit den das Wohngeld mitfinanzierenden Ländern über den haushaltsmäßigen Handlungsrahmen voraussetzte, nicht durchsetzen. Es blieb kein Geheimnis, daß die SPD mit ihrer Mehrheit im Bundesrat damit gleichzeitig eine von der CDU/CSU für notwendig erachtete Reform des sozialen Wohnungsbaurechts zu Fall bringen woll-

te. Jetzt erinnern wir daran, daß SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor der Bundestagswahl dem Bürger zugesichert hatte, eine von ihnen getragene Bundesregierung werde eine Wohngeldanpassung „so schnell wie möglich“, nämlich „spätestens zum 1. Juli 1999“ in die Wege leiten, mit 1,5 Mrd. DM zusätzlichen Mitteln. Inzwischen haben jedoch die Koalitionsvereinbarung wie die Haushaltsgespräche erhebliche Zweifel an der Einhaltung dieser Zusage aufkommen lassen. Finanzminister Lafontaine hat mit 4,03 Mrd. DM sogar weniger für Wohngeld vorgesehen als Ex-Minister Waigel mit 4,115 Mrd. DM. Bauminister Müntefering tut weder der Sache noch der politischen Streitkultur einen Gefallen, wenn er über seinen Pressesprecher falsche Zahlen über den ihm von Lafontaine abgeschnittenen Handlungsspielraum im Bundeshaushalt für 1999 in die Welt setzt. ■

Was beim Mahnmal zu klären ist

Die Entscheidung des Deutschen Bundestags über ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ist eine der anspruchsvollsten und zugleich schwierigsten Entscheidungen dieser Legislaturperiode.

Mit dem vom Kulturbefauftragten der Bundesregierung Michael Naumann und dem Architekten Peter Eisenman gemeinsam vorgelegten Vorschlag, Eisenmans Konzept eines Stelenfelds durch ein „Haus der Erinnerung“ zu ergänzen, ist die Debatte manch gegenteiligem Eindruck zum Trotz weder eröffnet noch beendet worden. Der Respekt vor dem Anliegen wie auch vor den mit ihm befaßten Künstlern, Architekten und Sachverständigen gebietet es, die Entscheidung unter Berücksichtigung der seit mehr als zehn Jahren stattfindenden öffentlichen Debatte und des bis heute nicht abgeschlossenen Wettbewerbs- bzw. Auslobungsverfahrens zu treffen.

Entscheidender Impuls Kohls

Die Initiative von Wissenschaftlern und Publizisten zur Errichtung eines Denkmals wurde vor dem Fall der Mauer gegründet. Den entscheidenden politischen Impuls erhielt sie nach der Wiedervereinigung durch Bundeskanzler Helmut Kohl, der im Kontext mit der Ausgestaltung der Neuen Wache für die Bundesregierung ausdrücklich die Bereitschaft zusagte, an zentraler Stelle eine nationale Stätte der Erinnerung zu errichten, und mit dem Initiativkreis einen Finanzrahmen des Bundes von 15 Millionen Mark vereinbarte. Auf dieser Basis fanden dann zwei von Bundesregierung, Berliner Senat und Initiativkreis ausgelobte Wettbewerbsverfahren statt. Das Ergebnis waren mehrere hundert Vorschläge, drei kontroverse Kolloquien über Standort und Gestaltung sowie die Einberu-

fung einer hochrangigen Findungskommission, um eine zweite Stufe des Wettbewerbs zu organisieren.

Unter den nun eingereichten 19 Arbeiten kamen vier in die sogenannte Realisierungsauswahl: Peter Eisenman/Richard Serra (New York), Jochen Gerz (Paris), Daniel Libeskind (Berlin), Gesine Weinmiller (Berlin). Über sie ist bis heute nicht abschließend entschieden.

In offener Diskussion

Es gibt gute, wenn nicht zwingende Gründe, den Beschluß über ein nationales Mahnmal wegen seiner herausragenden Bedeutung im Parlament zu treffen. Es entspricht dieser Bedeutung, daß alle Fraktionen und Mitglieder des Bundestags den Willen signalisieren, in offener, unvoreingenommener Diskussion über Parteilinien hinweg einen Beschluß herbeizuführen, der auf ein hohes Maß an öffentlicher Zustimmung rechnen kann.

Dabei muß allerdings sorgfältig der Eindruck vermieden werden, das Parlament wolle sich zur obersten Kunst- und Kulturkommission Deutschlands erklären. Es

**Von Norbert Lammert,
kulturpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

darf sich auch nicht in eine solche Situation hineinmanövrieren lassen. Der Bundestag hat vielmehr politisch zu entscheiden, ob und wo ein Mahnmal oder eine etwaige Alternative errichtet werden soll: er ist in seiner Entscheidung souverän und muß sich durch niemanden präjudizieren lassen. Indes gibt es Fragen, die vor einem Beschluß dringend zu klären sind. So ist un-

klar, ob die Bundesregierung das bisherige Verfahren abschließen oder gegebenenfalls neu beginnen will, ob die von Naumann vorgetragenen Überlegungen die Auffassung der Regierung darstellen oder ob diese tatsächlich auf jede eigene Gestaltungsabsicht verzichtet. Unabdingbar ist im übrigen auch, daß die Bundesregierung sich mit dem Berliner Senat abstimmt.

Ich persönlich habe große Zweifel, ob Eisenmans bemerkenswerter Entwurf, der gegen manche vordergründige Kritik verteidigt werden muß, mit seiner Synthese aus Mahnmal, Museum, Dokumentationszentrum, aus Forschungsstelle, Bibliothek und Wechsausstellung nicht am Ende die angestrebte Wirkung eher schmälert als vertieft.

Zeichen der Entschlossenheit

Im Bemühen, alle denkbaren Gesichtspunkte möglichst gleichzeitig zu berücksichtigen und alle Einwände aufzugreifen, bedient er Funktionen, die anderenorts, gerade auch in Berlin, in ähnlicher Weise bereits wahrgenommen werden.

Zugleich weicht er der eigentlichen Entscheidung aus: dem Beschluß des Bundestags, im Jahr des Umzugs von Bonn in die alte und neue deutsche Hauptstadt ein zentrales Mahnmal zu errichten als Zeichen der Entschlossenheit Deutschlands, an das beispiellose Ereignis dieses Jahrhunderts zu erinnern, das nie vergessen werden und sich nie wiederholen darf: Holocaust.

Gegen eine eilige Entscheidung

Wenn der Bundestag rund 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und zehn Jahre nach dem Mauerfall beschließen will, wie und in welcher Form eine würdige, nachvollziehbare Auseinandersetzung mit diesem unfabbaren Kapitel deutscher Geschichte ermöglicht werden soll, dann freilich muß dies nicht zwingend in den ersten hundert Tagen der neuen Regierung oder kurz danach geschehen. Es geht nicht um eine eilige, sondern um eine würdige Entscheidung: Sie muß dem Anspruch gerecht werden, den wir selbst und andere mit ihm verbinden.

Bundesfernstraßenetat 1999 verursacht weiteren Beschäftigungsabbau

Um 220 Mill. DM sollen 1999 nach der rot-grünen Bundesregierung die Bauausgaben für die Bundesfernstraßen gekürzt werden.

Der vom Bundeskabinett beschlossene Bundesfernstraßenetat 1999 beträgt 10,225 Mrd. DM. Gegenüber 1998 sind dies 75 Mill. DM weniger. Hinzu kommt, daß aus dem Haushalt für die Bundesfernstraßen systemwidrig 100 Mill. DM für Eisenbahnkrenzungsmaßnahmen und 45 Mill. DM für den kombinierten Verkehr bezahlt werden sollen.

Der Entwurf des Straßenbauetats 1999 trägt damit nicht zur wirtschaftlichen Belebung und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei. Er trägt auch nicht ausreichend dazu bei, daß die Stauungen auf den Straßen und die hierdurch verursachten Umweltbelastungen abgebaut werden. Die Deutsche Straßenliga fordert deshalb den Deutschen Bundestag auf, die von der Bundesregierung beabsichtigten Reduzierungen im Bundesfernstraßenetat rückgängig zu machen.

Haushaltssperre verhängt

CDU sieht politischen Offenbarungseid wenige Tage vor der Landtagswahl

Andrang bei Unterschriftenaktion ungebrochen

Wenige Tage vor der hessischen Landtagswahl am 7. Februar steht die rot-grüne Koalition in Wiesbaden offensichtlich finanzpolitisch vor einem Scherbenhaufen.

„Klammheimlich“, nämlich ohne Unter- richtung des Landtages und der Öffent- lichkeit, verhängte Finanzminister Starza- cher (SPD) eine 50prozentige Haushalts- sperre für das Haushaltsjahr 1999. „Das ist der politische Offenbarungseid“, äußerte der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzen- de Roland Koch, Ministerpräsidenten- Kandidat seiner Partei. Als „besonders pi- kant“ wertete Koch die Ankündigung von Sozialministerin Stolterfoht (SPD), daß auch das sogenannte „Sozialbudget“ der Haushaltssperre unterliegt.

„Das ist eine sozialpolitische Bankrotter- klärung der SPD“, stellte Koch fest. Er er- innerte an Versprechungen der Sozialde- mokraten, wonach das Sozialbudget die Garantie für eine sozial gerechte Politik sei. In der Vergangenheit sei das Sozial- budget erfunden und „gefeiert“ worden, um den Eindruck zu vermitteln, daß der Sozialbereich von Kürzungen ausgenom- men sei und, um den sozialpolitischen Ver- bänden Planungssicherheit zu geben. Auf den Wahlplakaten lobt die Hessen-SPD Ministerpräsident Eichel als „Garanten ge- rechter Politik“, nur mit einer SPD-Regie- rung bleibe das Land „sozial und gerecht“. Mehrfach hatte die CDU in den zurücklie- genden Monaten die Landesregierung auf- gefordert, einen Nachtragsetat vorzulegen, um für eine solide Haushaltspolitik zu sor- gen. „Jetzt rächt sich, daß Eichel und Star-

zacher diese Forderungen ständig ignoriert haben“, betont der CDU-Politiker.

Wie in den Vorjahren seien bestimmte Ausgabenblöcke wie gesetzlich begründe- te Verpflichtungen von der Haushaltssper- re Starzachers ausgenommen. Als „außer- gewöhnlich“ bezeichnete es Koch, daß im Gegensatz zu den Vorjahren der Finanzmi- nister dieses Mal nicht die Öffentlichkeit über die Haushaltssperre unterrichtet habe.

Koch erinnerte daran, daß die rot-grüne Landesregierung in jedem Jahr dieser Le- gislaturperiode, d.h. seit 1995, eine Haus- haltssperre erlassen habe, da sie im Haus- haltsplan Einnahmen und/oder Ausgaben zu hoch veranschlagt hatte. Mit der dies- jährigen Haushaltssperre wolle sie zudem, so die CDU-Politiker, Mittel erwirtschaf- ten, um Wahlkampfversprechungen finan- zieren zu können. „Das böse Erwachen sollte es ganz offensichtlich für die Zu- wendungsempfänger, die bisher fest mit den im Doppelhaushalt 1999 veranschlag- ten Mittel gerechnet hatten, erst nach der Landtagswahl am 7. Februar geben“, so die CDU-Politiker.

Ungebrochen ist der Zulauf von Bürgerin- nen und Bürger zur Unterschriftenaktion der CDU Hessen. Bei Redaktionsschluß der Aktion gegen die Pläne der rot-grünen Bundesregierung zur Einführung der gene- relle doppelten Staatsbürgerschaft hatten sich bereits rund 200.000 Menschen in die Listen der CDU „Ja zur Integration - Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“ eingetra- gen. CDU-Chef Roland Koch forderte „an- gesichts des gigantischen Zulaufs an unse-

Telefonüberwachung bei Korruption und Sexualdelikten

Zur 1. Lesung des von der CDU/CSU Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurfs zur Telefonüberwachung erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Um die Bekämpfung von Korruption und Sexualdelikten zu verschärfen, wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gesetzentwurf zur Ausweitung der Telefonüberwachung eingebracht.

Bei Delikten der Bestechlichkeit und Bestechung (§§ 332, 334, 336 Strafgesetzbuch), sowie den besonders schweren Fällen der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§§ 299, 300 StGB) und für Taten des Kindsmißbrauchs und der Verbreitung von Kinderpornographie (§§ 176-176b, 184 Abs. 3, 4 StGB) soll die Möglichkeit einer Telefonüberwachung (§ 100 a Strafprozeßordnung) eröffnet werden.

Bei den Debatten zum Korruptionsgesetz im Jahr 1997 waren sich CDU/CSU und SPD und der Bundesrat darin einig, daß die Telefonüberwachung für Korruptionsdelikte erweitert werden soll; die Grünen waren dagegen, die FDP verzögerte ein entsprechendes Vorhaben unter Hinweis auf eine Gesamtneuregelung von § 100 a StPO. Wegen der Diskussion zur akustischen Wohnraumüberwachung (sog. Lauschangriff) im Frühjahr 1998 wurde eine entsprechende Ergänzung der Strafprozeßordnung aber unterlassen, da die SPD die innerparteiliche Ablehnung des Gesamtvorhabens befürchtete. Nunmehr ist nach geltender Rechtslage die akustische Wohnraumüberwachung bei Bestechung und Bestechlichkeit zulässig, das mildere Mittel einer Telefonüberwachung kann aber nicht eingesetzt werden. Diesen Wertungswiderspruch wollen wir beseitigen.

ren Ständen und mit Blick auf Umfragen, in denen die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft immer mehr zunimmt und inzwischen fast zwei Drittel der Bundesbürger Nein zu den rot-grünen Plänen sagen“, Bundeskanzler Schröder (SPD) zu einem Kurswechsel auf. „Machen Sie Schluß mit der gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gerichteten Politik, kommen Sie zur Vernunft und stoppen Sie die Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft!“ appellierte Koch.

Der hessische CDU-Chef zeigte sich „festenfest überzeugt“ davon, daß die „Kraft hunderttausender Unterschriften“ die SPD zur Vernunft bringen werde und fügte hin-

zu: „Wenn Rot-Grün am 7. Februar die Hessen-Wahl verliert, wird Herr Schröder persönlich die generelle doppelte Staatsbürgerschaft kippen.“

Der CDU-Politiker zeigte sich erfreut darüber, daß die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Vorwurf der politischen Linken, die Unterschriftenaktion schüre Ausländerfeindlichkeit, für absurd halte: „Wir sammeln keine Unterschriften gegen Ausländer, sondern für deren Integration und gegen die Pläne von Rot-Grün zur Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft, weil der deutsche Paß nicht am Anfang, sondern am Ende der Integration stehen muß.“ ■

Der Momper pennt, der Diepgen rennt!

Wir feiern in diesem Jahr 50 Jahre Grundgesetz und am 9. November den 10. Jahrestag des Falls von Mauer und Stacheldraht. In wenigen Monaten haben Parlament und Regierung ihren Sitz in Berlin. Die Freiheit hat gesiegt, Berlin ist wieder voll da!

Über Jahrzehnte war Berlin ein Synonym für die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Einheit. John F. Kennedy sagte 1963 zu den Berlinern: „Ich fordere Sie auf, den Blick über die Gefahren des Heute hinweg auf die Hoffnung von morgen zu richten, über die Freiheit dieser Stadt Berlin, über die Freiheit Ihres Landes auf den Vormarsch der Freiheit überall in der Welt.“

36 Jahre später sind die Berliner und die Deutschen in Freiheit vereint. Doch in einigen Teilen Europas werden Demokratie, Freiheit und Menschenrechte auch heute noch mit Füßen getreten. Wenn der von manchen immer wieder bemühte Begriff der „Berliner Republik“ einen sinnvollen Inhalt hat, dann sicherlich, daß Berlin das Symbol für Freiheit ist und für die Integration der osteuropäischen und südosteuropäischen Länder in die freie Welt Europas. Dies ist unsere Vision am Beginn des neuen Jahrhunderts. Ein starkes Europa, in dem die Feinde der Freiheit keine Chance haben.

Es ist gut, wenn in diesen Jahren die Geschichte der Stadt in den Händen eines Regierenden Bürgermeisters liegen, für den Freiheit, Einheit, Weltoffenheit und eu-

ropäische Einigung Programm sind. Gerade jetzt ist Eberhard Diepgen der Richtige. Seit dem Wochenende wissen wir: Momper will es ein zweites Mal versuchen. Beim ersten Mal hat es ja nicht klappen wollen. Oder sagen wir es, wie es ist: Dieser Mann hat historisch versagt.

Auszüge der Rede der Generalsekretärin Angela Merkel auf dem Landesparteitag der Berliner CDU am 23. Januar

Wer 1989/1990 das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin bekleidet und nicht mehr hinterläßt als rot-grüne Kleinkrämerei und bittere Erinnerungen an peinliche Auftritte vor der Weltöffentlichkeit, dem sollte man eigentlich die Chance auf eine zweite Blamage ersparen.

Wenn es um Freiheit geht, um Berlin und die Zukunft, dann gilt der Satz: Der Momper pennt, der Diepgen rennt.

Lieber Eberhard Diepgen, wir werden Sie nach Kräften unterstützen. Eine Stadt von Format braucht eine Regierung mit Format. Das schließt Rot-Grün aus, von der PDS ganz zu schweigen.

Wir alle haben 1999 viel vor. Hier in Berlin, in anderen Landesverbänden und als Bundespartei. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, daß die CDU am Ende des Jahres sagen kann: „Wir sind wieder voll da!“

Eberhard Diepgen: Den Spaltern von damals darf die CDU nicht die Einheit von heute überlassen.

Das historische Versagen des Walter Momper

Eine Zitatensammlung

Ein „dritter Weg“ für die DDR?

Nach dem deutschlandpolitischen Experimenten seiner Partei, Egon Bahr, redet inzwischen auch Momper, der nach wie vor auf die SED-Führung setzt, einem „dritten Weg“ für die DDR das Wort.“

FAZ, 4.9.1989

Momper: „In der praktischen Politik gilt weiterhin, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Für die Wiedervereinigung sehe ich weder im Westen noch im Osten Verbündete... Mit dem Hauptstadtanspruch kann ich nichts anfangen. Das ist doch auch so eine Worthülse wie die Wiedervereinigung, so eine inhaltsleere Rhetorik.

Damit wird nichts bewegt für die Menschen. Den Anspruch, den ich erhebe: Wir wollen Metropole sein!“

BUNTE, 5.10.1989

Momper: „Wir können die Rahmenbedingungen dafür erleichtern. Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweitstaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen ...Das Ergebnis des notwendigen Reformprozesses - und das zeigt Ungarn - ist ein dritter Weg. Im übrigen: Die in der SED verbreiteten Ängste vor einem mit Reformen einhergehenden Legitimationsverlust des Staates DDR teile ich nicht. Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Legitimation der DDR ergibt sich auch machtpolitisch, als Ergebnis der Folgen des Zweiten Weltkriegs. Europa kann sich und will sich nicht leisten, daß wieder ein deutscher Nationalstaat nach

altem Muster entsteht, der aus der Sicht vieler Ost- und Westeuropäer eine unkontrollierbare Machtzusammenballung ist. Es gibt sowohl gesellschaftliche als auch machtpolitische Gründe dafür, daß die DDR einen dritten Weg geht In Ost- und Westeuropa will niemand eine Wiedervereinigung, verständlich nach zwei Kriegen,

Momper: „Mit dem Hauptstadtanspruch kann ich nichts anfangen.“

Bunte, 5.10.1989

die das Deutsche Reich in den Grenzen von 1871 angezettelt hat Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht, und sie wird sie in absehbarer Zeit behalten. Änderungen gehen nur über diesen Weg.“

zitiert nach taz, 30.8.1989

Momper: „Wer den Kalten Krieg ablösen, wer ein Europa der durchlässigen Grenzen und der guten Nachbarschaft erreichen will, wird die Forderung nach neuem Denken nicht auf die Führer der kommunistischen Staaten begrenzen dürfen, sondern wird das auch für sich selbst gelten lassen und manche formelhafte Wiederholung der Formel nach der Wiedervereinigung und nach einer Abschaffung der Grenzen - fallen lassen müssen, weil es den Menschen nicht dient und weil es uns nicht voranbringt. Neues Denken ist also auf allen Seiten gefordert.“

Deutscher Bundestag –
11. Wahlperiode – Protokoll der
151. Sitzung vom 21.6.1989

Momper: „Hauptstadtcharakter von Ost-Berlin als Realität akzeptieren“

Der Tagesspiegel, 6.2.1987

Momper: Neue Parteien in der DDR nicht die Lösung

„Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden“, sagte Momper zu den bekannt gewordenen Initiativen (Welt v. 29.8.) in Ost-Berlin und Leipzig. „Wichtig ist, daß sich der Reformdruck in der Bevölkerung der DDR und in Teilen der SED endlich in der Spitze der Staatspartei durchsetzt. Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht, und sie wird sie in absehbarer Zeit behalten. Änderungen gehen nur über diesen Weg.“ ... Durch Anerkennung der gegenwärtigen Zwei-staatlichkeit und wirtschaftliche Hilfe könne die Bundesrepublik für die Menschen in der DDR mehr tun. „Eine Perspektive für die Zukunft und damit die Veranlassung, in der DDR zu bleiben, muß ihnen von der Führung dort gegeben werden“, erklärte Momper.

Die Welt, 30.8.1989

Momper: Das Blockdenken jetzt beenden

Er meinte damit weitergehende Konzeptionen in der Abrüstungs-, Entspannungs- und Verteidigungspolitik und nannte konkret auch erneut die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter - „hier werden die Schlachten von vorgestern geschlagen“ - und das, was er „Wiedervereinigungsrhetorik“ nennt.

Die Welt, 21.10.1989

Momper abermals gegen Wiedervereinigung

Auf dem Landesparteitag der SPD am vergangene Wochenende im Internationalen Congress Centrum (ICC) sagte Mom-

per, „wir brauchen keinen neuen Nationalstaat der Deutschen im Herzen Europas“ ... Bei der DDR-Opposition rede „kein Mensch“ von Wiedervereinigung, sagte Momper.

FAZ, 23.10.1989

Ausschnitt aus einer Rede Mompers vor dem Schöneberger Rathaus anläßlich der Öffnung der Grenze zwischen West- und Ost-Berlin:

„Gestern war nicht der Tag der Wiedervereinigung, sondern der Tag des Wiedersehens in unserer Stadt. ... Und in 15 Jahren wollen wir gemeinsam und gleichberechtigt mit Ost-Berlin die Stadt der Olympischen Friedensspiele sein.“

ZDF-Spezial, 10.11.1989

Walter Momper sagte dieser Tage im Sen-der DDR 1, er sei der Auffassung, daß man „erst recht mit einer sich reformierenden SED, mit einer SED, die ja erkennbar darum bemüht ist, selbst einen Weg des demokratischen Sozialismus einzuschlagen, reden muß“.

FAZ, 6.2.1990

Momper: „Es ist auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt.“

zitiert nach taz, 6.10.1989

Berlins Regierender Bürgermeister Momper lehnt eine Wiedervereinigung Deutschlands ab. Dies hat Momper in einem Gespräch im kleinen Kreis mit dem französischen Landwirtschaftsminister Nallet in Berlin dargelegt. ... Die richtige Lösung liege in einer Demokratisierung der DDR unter Beibehaltung ihrer Eigenstaatlichkeit. Allein dies sollten seiner Ansicht nach die Bundesregierung und die Alliierten unterstützen. Bedauerlicherweise hörten in der Bundesrepublik zu wenige Politiker auf die von ihm, Momper, und seinem Freund Lafontaine vertretene Meinung.

FAZ, 9.2.1990

Momper: „Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen.“

zitiert nach taz, 30.8.1989

Momper: „Wir gehen bei unserer Kritik weiterhin von der Zweistaatlichkeit aus“.

Regierungserklärung 12.10.1989

Momper: „Strikt gegen jede Wiedervereinigungs-Rhetorik“

Neue Presse Hannover, 29.8.1989

Momper: „Das Volk der DDR will Demokratie und Selbstbestimmung und eine soziale Gesellschaftsordnung. Jetzt ist die Stunde, in der das Volk der DDR selbst bestimmen will.“

Debatte zur Lage der Nation, 8.11.1989

Nach dem überraschenden Ergebnis der Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 29. Jan. 1989 (CDU 37,8 %; FDP 3,9 %, SPD 37,3 %; AL 11,8 %; Republikaner 7,5 %) meldete M., der in der Wahlnacht noch bei seiner zuvor gemachten Aussage, die Alternative Liste sei für ihn in ihrem damaligen Zustand „nicht koalitions- und nicht regierungsfähig“, geblieben war, ... (Mompers Rot-Grün-Koalition) ... doch verkam die anfänglich von beiden Partnern gepriesene „Streitkultur“ bald zu einem unproduktiven Hickhack um Altlasten und Koalitionsvereinbarungen. Mehrmals stand die Koalition am Rande eines Bruchs. M. selbst wurde ein autoritärer Führungsstil vorgehalten. Neue Gegensätze zwischen Rot und Grün entstanden durch die Deutschlandpolitik nach Öffnung der Mauer am 9. Nov. 1989. Während M., der noch am 16.11.1989 der in der Bundesrepublik geführten „Wiedervereinigungsdebatte“ eine Absage erteilt hatte, mit seiner Partei schließlich doch noch die Wende zum Bekenntnis zur

deutschen Einheit mit Berlin als Hauptstadt vollzog, wollte sich die AL nicht „überrollen“ lassen ...

Internationales Biographisches
Archiv – Munzinger

Baulöwe zieht die Krallen ein

Stolz präsentierte Gert Ellinghaus, 46, Chef der Berliner Bauträgerfirma Dr. Ellinghaus GmbH, vor einem Jahr seinen neuen Star. Walter Momper, 48, Ex-Regierender Bürgermeister von Berlin, wurde sein Generalbevollmächtigter. Heute fällt Ellinghaus über seinen Mitarbeiter ein vernichtendes Urteil: „Er hat wenig zum Erfolg des Unternehmens beigetragen.“

Als Mann mit den besten Beziehungen zur Geschäftswelt und den Verwaltungen in Berlin und Brandenburg sollte Momper als „Türöffner“ bei der Beschaffung lukrativer Bauaufträge fungieren. Doch Momper war „nicht so präsent, wie man es von einem Mann dieser Gehaltsklasse erwarten kann“, klagt Ellinghaus.

FOCUS, 23.8.1993

Wechsel zu einer Immobilienfirma bringt SPD in Wallung

Nicht berücksichtigt hat Momper bei seiner beruflichen Entscheidung auch, daß die SPD mit der Forderung nach der Verlängerung der Mietpreisbindung 1988 an den damaligen CDU/FDP-Senat ihr politisches Comeback einleiten konnte. Im nächsten Wahlkampf dürfte das Thema Wohnen und Mieten in der vom Bauboom gebeutelten Stadt eine noch größere Rolle spielen. Dies scheint Momper, dem eigentlich „spontane Naivität“ nachgesagt wird, nicht berücksichtigt zu haben. Die Funktion eines Bauherrn mit der des SPD-Landesvorsitzenden für vereinbar zu halten, darin sehe viele Genossen den eigentlichen „Grenzfall“ Walter Mompers.

Die Welt, 14.8.1992

Informationsforum für Kreisgeschäftsführer

Ideen- und Erfahrungsaustausch über KomSys

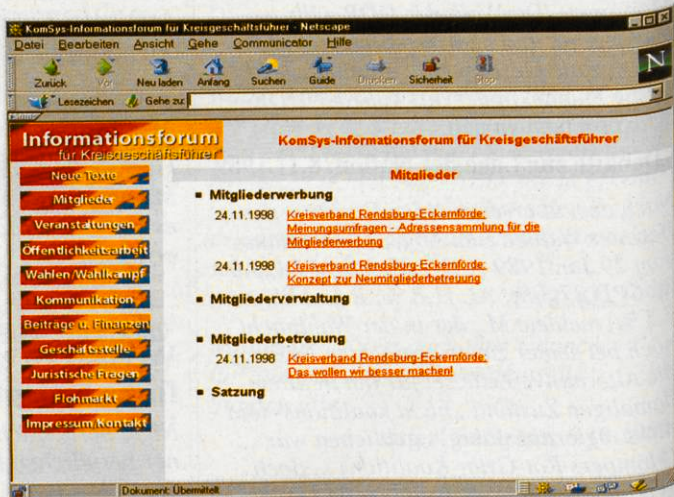
Welche neuen Veranstaltungsformen sind erfolgversprechend? Wie gestalte ich mein Informationsmaterial? Was ist beim Verlustausgleich bei einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb innerhalb der CDU zu beachten?

Berufliche Erfahrungen und Ideen können die Kreisgeschäftsführer nun über das neu eingerichtete Informationsforum im CDU-Kommunikationssystem (KomSys) austauschen. Unter der redaktionellen Begleitung der Abteilung Parteiorganisation können die Kreisgeschäftsführer/innen ihre Beiträge veröffentlichen und nachlesen, welche Erfahrungen ihre Kolleginnen und Kollegen gemacht haben.

Das Informationsforum ist im HTML-Format erstellt worden und mit jedem Internet-Browser aufrufbar. Ein Internetanschluß ist dafür nicht erforderlich, da die Daten im KomSys hinterlegt sind. Sollten die Kreisgeschäftsstellen über einen Internetanschluß verfügen, so sind zur direkten Kontaktaufnahme zur jeweiligen Kreisverbands-Homepage des Autors sogenannte „Links“ eingefügt. Darüber hinaus können die KomSys-Nutzer zur näheren Information per

Telefon, Fax und E-mail Kontakt mit dem jeweiligen Autor aufnehmen.

Das Einstellen von Artikeln ist denkbar einfach. Haben Kreisgeschäftsführer Ideen und Erfahrungen aus ihrer täglichen Arbeit, die für andere Kolleginnen und Kollegen von Interesse sind – das kann auch selbsterstelltes Werbematerial, das können Fotos von Veranstaltungen usw.



sein – dann können diese Beiträge als E-mail, Fax, Brief oder Diskette an die Abteilung Parteiorganisation geschickt werden.

- **Post:**
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Parteiorganisation
- **Stichwort**
„KGF-Informationsforum“
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Mit im Boot

CDA- und MIT-Mitgliederverwaltung zukünftig auch in der CDU-Kreisgeschäftsstelle möglich

Kurz bevor mit den Installationsarbeiten und Schulungsmaßnahmen des neuen Programmpaketes Mitglieder- und Beitragsverwaltung in den Gliederungen begonnen wird, konnte jetzt in einer Konferenz mit Vertretern der CDA und der MIT ein Verfahren vereinbart werden, das den CDU-Kreisgeschäftsstellen künftig die Mitgliederverwaltung der beiden Vereinigungen ermöglicht.

Bis auf die Daten der CDA- und MIT-Mitglieder wurden schon in der Vergangenheit alle Mitgliedsdaten von CDU und Vereinigungen in der CDU-Kreisgeschäftsstelle verwaltet.

In Rahmen eines abschließenden Anwendergespräches im Dezember vergangenen Jahres mit Kreisgeschäftsführern aus verschiedenen Landesverbänden wurde das neue Mitgliederverwaltungs-Programm vorgestellt. Die Kreisgeschäftsführer bestätigten den Vertretern der UBG und der CDU-Bundesgeschäftsstelle, daß die jetzt zum Einsatz kommende Software praxisnah und anwenderfreundlich entwickelt wurde.

Ein wesentlicher Diskussionspunkt dieses Expertengesprächs - die Einbindung der CDA und der MIT in die Zentrale Mitgliederdatei (ZMD) - wurde bei einem gesonderten Gespräch am 14. Januar mit Vertretern der MIT- und CDA-Bundesgeschäftsstelle geklärt. Das Verfahren wird künftig wie folgt durchgeführt:

1. Die Mitgliedsdaten der CDA und der MIT werden wie die der weiteren Vereinigungen (FU, JU, KPV, etc.) in die Zentrale Mitgliederdatei (ZMD) eingebunden.

2. Die CDU-Kreisgeschäftsstellen können auf Anfrage bei der CDA- und MIT-Bundesgeschäftsstelle den Bearbeitungszugriff auf die Mitgliederdaten erhalten. Nach Zustimmung können dann die CDU-Kreisgeschäftsstellen die Datenerfassung und Datenpflege übernehmen.

3. Verbleibt die Datenpflege bei der CDA- oder MIT-Bundesgeschäftsstelle, kann dem Kreisverband auf Wunsch der Adressenbestand über das Datenaustauschverfahren für Auswertungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Beitrags- und Spendenverwaltung der CDA und MIT wird weiterhin zentral bei den Bundesgeschäftsstellen durchgeführt.

Ziel ist, bis zum Jahresende alle beteiligten Verbände mit der neuen Mitglieder- und Beitragsverwaltungs-Software auszustatten. Die Union-Betriebs-GmbH koordiniert derzeit mit den Bundesgeschäftsstellen der Vereinigungen und den CDU-Landes- und Bezirksgeschäftsstellen die Installations- und Schulungstermine.

In den nächsten Ausgaben des UiD werden wir Sie über Einzelheiten der Rechtsgrundlagen, Fristen und Termine zur Europawahl am 13. Juni informieren.

Dem Finanzminister stehen die Haare zu Berge

Endlich räumen die Verfassungsrichter auf mit der Illusion, die magere Kindergelderhöhung der Regierung Schröder und die sparsamen Steuererleichterungen seien echte Entlastungswohlatten. Nichts da, die wahre Entlastung kommt nicht von der Politik, sie kommt von der Justiz. Und was macht der Fiskus? Er vollführt in Gestalt des Finanzministers Lafontaine einen verbalen Eiertanz, der an Lächerlichkeit kaum zu überbieten ist. Der erklärte Kämpfer für die Interessen kleiner Leute läßt mitteilen, das Urteil habe die gleiche Tendenz wie die Politik der Bundesregierung. Dabei stehen ihm in Wahrheit die Haare zu Berge, weil er nicht weiß, wie er die Mil-

Kommentar: Lafontaines verbaler Eiertanz

liardenlöcher stopfen soll, die dieser Richterspruch in den ohnehin mit heißer Nadel gestrickten Bundeshaushalt reißt. Zu früh freuen sollte sich über die Karlsruher Entscheidung allerdings keiner. Denn auch, wenn es jetzt etwas zurückgibt, irgend jemand wird das bezahlen müssen. Motto: Justitia hat es gegeben, der Finanzminister wird es wieder nehmen. Wer glaubt, hier könne ein mutiger Sparkurs helfen, der kennt die für Lobbyinteressen anfällige Bundesregierung schlecht. Einen stärkeren Einfluß auf die Entscheidungen von Schröder & Co. hat nämlich nur das Bundesverfassungsgericht – leider.

Westdeutscher Rundfunk

● CDU-Pavillon

Die neue Ausführung des CDU-Pavillon, zu dem sagenhaft günstigen Preis von 79,- DM, kann jetzt bequem in jedem Auto transportiert werden. Durch das verringerte Packmaß (Breite 1,20m) läßt sich der neue CDU-Pavillon entweder auf der Rückbank oder im Kofferraum transportieren.

Der Pavillon besteht aus weißem Stahlrohrgestell, welches in wenigen Minuten durch einfache Steckverbindungen aufgebaut werden kann. Die weiße Zeltplane aus Polyäthylen ist UV-beständig, abwaschbar und serienmäßig mit dem Schriftzug CDU auf drei Seiten des Pavillons bedruckt. Mit dem CDU-Pavillon können Sie innerhalb weniger Minuten die perfekte Aktionsfläche für Ihren Cavassing-Stand aufbauen.

● CDU-Pavillon ohne Seitenteil

Bestell-Nr.: **0924**

Preis je Pavillon: 79,00 DM

● Seitenteil für CDU-Pavillon

Zusätzlich können Sie Ihren Pavillon auch mit einem oder mehreren Seitenteilen bestücken. Das Seitenteil für den CDU-Pavillon kann universell an einer der vier Seiten eingebaut werden.

Bestell-Nr.: **0925**

Verpackungseinheit: 1 Stück

Preis je Seitenteil: 11,90 DM

● Füllständer für Pavillon

Falls Sie die Standfestigkeit des Pavillons erhöhen wollen, tauschen Sie einfach die serienmäßigen Stellfüße gegen die Füllständer aus. (Für jeden Pavillon werden 4 Füllständer benötigt)

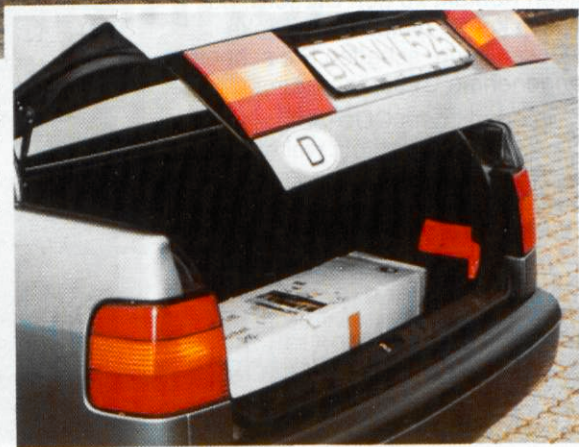
Bestell-Nr.: **0459**

Preis je Füllständer: 12,80 DM



**CDU-
Pavillon
79,- DM**

Durch das verringerte Packmaß (Breite 1,20 m), läßt sich der CDU-Pavillon auf der Rückbank oder im Kofferraum transportieren.



**Seitenteil
11,90,- DM**

Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5,- DM erhoben.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail: georg-simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVST, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Für Ihre Info-Stände

● Canvassing-Stehtisch

Sicherlich ist es Ihnen aufgefallen, daß bei Veranstaltungen durch Stehtische ein lockeres Ambiente entsteht; ein ansteuerbarer Punkt, an dem man sich „festhalten“ kann, an dem man schnell ins Gespräch kommt. Durch diesen direkten Kontakt zu den Bürgern, bei dem sich keiner hinter einer Theke verstecken kann, schaffen Sie schnell eine angenehme Gesprächs-Atmosphäre. Kombiniert mit dem CDU-Sonnenschirm, ist der CDU-Stehtisch ein weithin sichtbarer Werbeträger. Aufgrund seiner Zerlegbarkeit ist der Stehtisch mobil jederzeit auch in Fußgängerzonen einsetzbar. Der Durchmesser der Tischplatte beträgt 85 cm.

Bestell-Nr.: **0348**

Verpackungseinheit: 1 Tisch

Preis je Tisch: 98,00 DM



UiD

3/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.